

Zukunft aus der Vergangenheit: Elemente der politischen Kultur in Rußland

Simon, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Simon, G. (1995). *Zukunft aus der Vergangenheit: Elemente der politischen Kultur in Rußland*. (Berichte / BIOst, 10-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-41734>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon

0221/5747-0,

Telefax

0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung

.....
4

Ergebnisse.....4

Einleitung

.....
6

Methodisches

.....
8

Das Zentrum der Macht

.....
10

Starker Staat - schwache Gesellschaft

.....
15

Konsens und Konflikt

.....
20

Personen und Institutionen

.....
25

Sind die Russen eine Nation?

.....
30

Zukunft ohne Vergangenheit

.....
34

Summary

.....
38

9. Januar 1995

Gerhard Simon

Zukunft aus der Vergangenheit. Elemente der politischen Kultur in Rußland

Bericht des BIOst Nr. 10/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Das Ende des Kommunismus in Rußland hat bis heute nicht zu einem funktionierenden parlamentarisch-demokratischen Institutionengefüge wie in Westeuropa geführt. Diese Untersuchung will klären helfen, warum in Rußland die Etablierung einer demokratischen Ordnung der Macht auf so große Schwierigkeiten stößt. Die Arbeit benutzt das Instrumentarium und die Begrifflichkeit der politischen Kultur, die in der Kommunismus-Forschung eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Die politische Kultur versucht, historische Prägungen aufzuzeigen, die in die Gegenwart hineinwirken und den Ereignissen vorausliegen. Die vorliegende Studie konzentriert sich insbesondere auf folgende Elemente der politischen Kultur in Rußland:

Ergebnisse

1. Die Ausbildung eines starken politischen Zentrums der Macht ist ein bestimmender Wesenszug der russischen politischen Kultur. Der Moskauer russische Staat, dessen Erbe die Rußländische Föderation von heute ist, verdankte seinen historischen Erfolg der Autokratie. Das politische System ist nur dann voll funktionsfähig, wenn eindeutig klar ist, wer an der Spitze steht. Nachdem Präsident Jelzin den Machtkampf im Oktober 1993 mit der Auflösung der Sowjets für sich entschied, kam es zu einer - wenn auch brüchigen - Stabilisierung.
2. Dem starken Machtstaat stand eine schwache Gesellschaft gegenüber. Intermediäre Gewalten zwischen dem Autokrator und den sozialen Grundschichten haben sich spät und nur mit geringem Selbstbewußtsein ausgebildet. Es kam in Rußland erst spät und unvollständig zu einer Trennung von Macht und Eigentum. Während sich in Alteuropa mit der Rezeption des römischen Rechts seit dem Mittelalter die Trennung von Dominium und Imperium durchsetzte, behielt der russische Autokrator bis ins 18. Jahrhundert hinein das Recht, über den Grundbesitz des Adels zu verfügen. Deshalb konnten die Bolschewiki mit erstaunlicher Leichtigkeit das Privateigentum liquidieren und es wieder in Altmoskauer Tradition uneingeschränkt mit der Macht vereinigen.
3. In Rußland hat sich eine Konsens-Kultur ausgebildet. Konflikte gelten als etwas Vorläufiges, das überwunden werden muß. Diese Konsens-Kultur steht im Gegensatz zu einer liberalen Streitkultur, die Grundlage des demokratischen Parlamentarismus im Westen ist. Zu den Schwächen der Konsens-Kultur gehört die mangelhafte Ausbildung von Instrumenten zur Konfliktbearbeitung. Konflikte führten häufig zu Spaltungen (raskol) und Ausgrenzungen. Die Bolschewiki konnten auch hier mit ihrer dichotomischen Weltsicht von Schwarz und Weiß, Freund

und Feind an russische Tradition anknüpfen. Deshalb fällt es in Rußland heute schwer, im politischen Gegner nicht den Feind und Verräter zu sehen, der entweder ausgeschaltet oder auf die eigene Seite gezogen werden muß.

4. Die politische Kultur hat den Führungspersonen eine zentrale, den Institutionen aber eher eine periphere Rolle zugewiesen. Rußland wurde und wird von Personen und nicht durch Institutionen und Gesetze regiert. Die Institutionen sind vielmehr ein Mittel, sie werden als Hebel benutzt, um Personen und ihre Seilschaften mit Macht und Einfluß auszustatten.

Der Rechtsstaat ist die Möglichkeit, die Machtausübung durch Führungspersonen mit Hilfe der Gesetze und Prozeduren zu korrigieren. Die Akzeptanz einer unabhängigen Rechtssphäre, der sich auch die Politik zu beugen hat, steht im Widerspruch zum historischen Langzeitgedächtnis. Bislang hat stets die Politik, d.h. Personen an der Macht, in Rußland das letzte Wort gehabt. Weder Präsident Jelzin noch seine Gegner sind heute bereit, sich in vitalen Fragen der Verfassung zu unterwerfen. Das Recht ist bis heute ein Instrument der Politik; dies wird von der Gesellschaft akzeptiert.

5. Das Nationalbewußtsein der Russen war stets auf den Staat, das Territorium bezogen und erst in zweiter Linie auf das russische Ethnos, die Nation. Der Moskauer Staat war seit der Mitte des 16. Jahrhunderts stets größer als das Siedlungsgebiet der Russen. Ihr nationales Bewußtsein richtete sich auf das Reich, in dem je länger je mehr auch nichtrussische Völker lebten. Seit 1991 gibt es dieses Reich nicht mehr, deshalb ist das Nationalbewußtsein in eine schwere Identitätskrise geraten. Weder die russischen Eliten noch die Gesellschaft insgesamt haben bis heute den Verlust des Imperiums verkraftet. Restaurative Bestrebungen nehmen weiter zu. Die Russen sind vielfach nicht bereit, sich als eine Nation unter anderen zu begreifen und ihren Staat als einen normalen Staat im Gefüge der eurasischen Staatenwelt. Die imperiale Mentalität weigert sich, Ethnos und Nation als selbständige politische Faktoren anzuerkennen. Statt dessen wird versucht, eine neue, diesmal rußländische Reichsideologie zu schaffen. Der neue Begriff heißt "Rußländische Nation"; damit wird die Gesamtheit der Staatsbürger Rußlands bezeichnet. Der Krieg in Tschetschenien ist der zum Scheitern verurteilte Versuch, eine "rußländische Nation" herbeizubomben.

6. Zeiten des Umbruchs wie die jetzige verändern auch die politische Mentalität. Dies zeichnet sich zumindest in zwei Bereichen bereits heute ab. Die Gesellschaft ist in ähnlicher Weise wie in den beiden Jahrzehnten vor der Revolution von 1917 aktiv geworden und beginnt, sich selbständig gegenüber der Macht zu formieren. 1917 war diese Selbstorganisation zu schwach, als daß sie der bolschewistischen Revolution hätte widerstehen können. Die Frage muß offenbleiben, ob die Gesellschaft heute konsolidiert genug ist, um eine drohende neue Diktatur abzuwehren. Zweitens scheint der russische Zentralstaat der Vergangenheit anzugehören. In vielen Teilen des Landes entfaltet sich ein kräftiges regionales Eigenbewußtsein, das sich voraussichtlich nicht wieder in einen rigorosen staatlichen Zentralismus einbinden lassen wird. Regionales Eigenbewußtsein markiert Abkehr von der Diktatur und kann zu einem Schutz gegenüber Versuchen werden, ganz Rußland wieder von Moskau aus zentral mit eiserner Faust zu regieren.

Einleitung

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa und das Ende der Weltmacht Sowjetunion haben den Ost-West-Gegensatz beendet, weil der eine Kontrahent von der historischen Bühne abtrat. Damit verbanden sich auf beiden Seiten Erwartungen - oder auch Befürchtungen -, nun werde das westliche politische und ökonomische System, das sich als überlegen erwiesen hatte, überall in den ehemals kommunistischen Ländern über kurz oder lang eingeführt. Die "eine Welt", die ja schon durch Telefax und in Flugplänen besteht, würde auch politisch Wirklichkeit werden. Westliche Politik und Wissenschaft spricht von den "Reformstaaten in Osteuropa" und unterstellt zumindest implizit, die ehemals kommunistischen Staaten seien auf dem Weg zu einem System der Macht und zu Lebensverhältnissen, ähnlich denen im westlichen Europa. Die Konvergenz - und zwar nicht in der Mitte zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern auf der Seite des liberal und demokratisch gezähmten Kapitalismus - erschien greifbar nahe.

An die Stelle der alten Illusionen sind neue getreten. Jahrzehntlang waren sich Politiker, Forscher und das Publikum weitgehend darin einig, das kommunistische Sowjetsystem sei im Inneren stabil und nach außen berechenbar, es entferne sich immer weiter von der Stalinschen Terrorherrschaft und stelle damit ständig sein evolutionäres Potential unter Beweis. Den Zusammenbruch des Kommunismus zu denken, war bis Ende der 1980er Jahre im Westen weitgehend tabu. Der Westen hatte die Anziehungskraft der Freiheit und seines Systems auf die Völker Osteuropas unterschätzt.

Jetzt besteht die Gefahr, daß die alten Vorurteile und Illusionen mit umgekehrtem Vorzeichen fortgeschrieben werden. Während man in der heilen Welt des Ost-West-Gegensatzes die Völker Osteuropas eigentlich nicht für demokratiefähig und demokratiewillig hielt - das hätte nämlich die Stabilität gefährdet -, wird jetzt im Westen erwartet, die nachkommunistischen Staaten und Gesellschaften müßten sich genauso verhalten wie die westeuropäischen. Tun sie dies nicht, wird das als Abweichung, Rückkehr des Kommunismus oder Undankbarkeit getadelt. In Wirklichkeit wird die Vielfalt Europas, die nicht auf die Sprachen und die Sozialgesetzgebung beschränkt ist, sondern in die Tiefen der politischen Mentalität reicht, durch die Einbeziehung der postkommunistischen Staaten noch erheblich bunter und unberechenbarer.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime und das Ende der sowjetischen Vorherrschaft in Ostmitteleuropa sind als die Rückkehr der Geschichte bezeichnet worden: Die Bolschewiki hatten in Rußland und später in den anderen unterworfenen Ländern revolutionäre Geschichtslosigkeit, Gemeinsamkeit und monolithische Einheitlichkeit oktroyiert. Nach dem Abräumen der kommunistischen Fassade beziehen die Völker ihre Selbstbehauptung und Identität in hohem Maß aus ihrer je eigenen Geschichte und Individualität. Entgegen westlichen Erwartungen und westlichem Drängen ist es nicht zu regionalen Zusammenschlüssen der postkommunistischen Staaten untereinander in Ostmitteleuropa gekommen. Die vier Staaten der Visegrad-Gruppe sind keine Aktionsgemeinschaft oder gar ein suprastaatliches Subjekt des Völkerrechts.

Besonders scharf tritt die Rückkehr der Geschichte im Verhältnis Rußlands zu seinen ehemaligen Satelliten in Ostmitteleuropa hervor. Die Tschechen, die Ungarn und die anderen Völker betrachten die erzwungene Anlehnung an die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg als unvereinbar mit

ihrer Geschichte, die geprägt gewesen ist von der Zugehörigkeit zu Alteuropa, jedenfalls aber von einer erheblichen Distanz zu Rußland. Diese Staaten, die ein halbes Jahrhundert lang außenpolitisch nicht handlungsfähig waren, suchen jetzt einzeln und teilweise in Konkurrenz zueinander möglichst rasch Anschluß an die bestehenden europäischen und atlantischen Integrationsstrukturen. Dabei wirken die Anziehungskräfte des Westens und die Distanzierung und Angst vor Rußland in die gleiche Richtung. Es ist nur ein scheinbarer Gegensatz, daß bei Wahlen 1993 und 1994 in vielen Ländern Ostmitteleuropas von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer Postkommunisten große Erfolge erzielten und teilweise die antikommunistischen Freiheitskämpfer aus den Regierungen verdrängten. Auch die Postkommunisten stellen die neue Souveränität ihrer Staaten nicht in Frage und suchen nicht Anlehnung an Rußland, sondern an Alteuropa und Nordamerika.

So findet sich Rußland gegenüber der Sowjetzeit in einer drastisch veränderten Lage. Der Zusammenbruch der sowjetischen Ordnung drängt Rußland - ebenso wie die anderen postkommunistischen Staaten - bei der Suche nach Orientierung für die Zukunft in die Vergangenheit. Damit tritt ein zentrales Thema der russischen Geschichte zumindest seit Peter I. wieder in das Zentrum: Das Verhältnis Rußlands zu Europa. Ist Rußland ein integraler Teil Europas? Liegt Rußland am Rande und gehört nur eingeschränkt und bedingt zur Gemeinschaft der europäischen Staaten? Hat Rußland sein geopolitisches Schwergewicht eher in Asien? Kann und will Rußland sein politisches System und seine ökonomische Organisation in nachkommunistischer Zeit am alteuropäischen oder amerikanischen Muster ausrichten? Geht es wieder darum, daß Rußland seine Rückständigkeit gegenüber Europa nachholend ausgleichen will oder sollte? Oder wird Rußland umgekehrt aus seiner eigenen Tradition Kräfte mobilisieren und Motivationen beziehen, um Wege aus der jetzigen Krise von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu finden?¹

Rußland ist heute nicht nur mit Krisensymptomen in Wirtschaft und Gesellschaft konfrontiert. Nach dem Ende des russischen Staates - einen anderen russischen Staat als die Sowjetunion gab es nicht - stellt sich die Frage nach dem Selbstverständnis mit einer ähnlichen Radikalität wie in der Zeit der Wirren zu Beginn des 17. Jahrhunderts oder wie im Jahre 1917. In beiden Phasen des Zusammenbruchs von Staat und Gesellschaft hat Rußland Wege aus der Krise in der Distanz zu Europa eingeschlagen. Das Land hat eigene spezifische Ressourcen mobilisiert, hat in Abgrenzung von Europa die frühere Macht nach innen und außen nicht nur restauriert, sondern nach einer gewissen Übergangszeit räumlich wesentlich erweitert. Die Revolutionäre von 1917 haben die Frage nach Rußland und Europa auf ihre Weise gelöst und von der Tagesordnung abgesetzt: Für sie ging es in ihrer revolutionären Siegesgewißheit nicht mehr darum, ob sich Rußland Europa annähern und angleichen sollte, sondern umgekehrt: Nun war Rußland als "Vaterland des Sozialismus" zum revolutionären Mittelpunkt der Weltgeschichte geworden, dem sich alle anderen annähern und anverwandeln würden. Dieser revolutionäre Bluff, der für die Stabilisierung des russischen Selbstbewußtseins eine wichtige Rolle spielte, hat bis zum Ende der 1980er Jahre Medien und Bildungswesen der Sowjetunion geprägt: Nicht Rußland hatte etwas nachzuholen, sondern Europa und alle anderen, nämlich die sozialistische Revolution.

Für die Staaten in dem breiten geographischen Gürtel zwischen Deutschland und Rußland stellt sich die Frage des Selbstverständnisses nicht in gleicher Weise wie im Fall Rußlands. Sie betrachten sich

¹ Vgl. M. Hildermeier, Das Privileg der Rückständigkeit, in: Historische Zeitschrift 244, 1987, S. 537-603.

als zugehörig zu Europa, unabhängig davon, wie die alteuropäischen Gesellschaften das sehen. Die Nationen Ostmitteleuropas bestimmen ihre Individualität innerhalb eines europäischen Kontextes und betrachten ihre Geschichte als Teil des gesamteuropäischen Erbes. Das gilt auch für die baltischen Staaten, die teilweise seit 1700, zum anderen Teil seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zum Russländischen Reich gehörten und eine kurze Periode der staatlichen Unabhängigkeit zwischen den beiden Weltkriegen erlebten. Rußland ist ihnen allen gegenüber sowohl nach seiner Selbsteinschätzung wie auch nach der Fremdeinschätzung ein anderer und besonderer Fall; es kann weder für, noch gegen Europa vereinnahmt werden. Es hat eine eigenständige politische Kultur ausgebildet, die sich in wesentlichen Zügen von der alteuropäischen unterscheidet. Seit dem Zusammenbruch des alten Regimes Ende der 1980er Jahre wird mit jedem Jahr deutlicher, daß Krisenbewältigung, Neuaufbau und Selbstfindung in erheblichem Umfang mitbestimmt werden von eigenständigen Traditionen, kollektiven Mentalitäten und dem historischen Langzeitgedächtnis der russischen Gesellschaft.

Methodisches

Die Fragestellungen, Begriffe und Ergebnisse der Forschungen zur politischen Kultur können einen wesentlichen Beitrag leisten, wenn es darum geht zu klären, warum die Wege Rußlands seit dem 1980er Jahren anders verlaufen als die Polens oder Ungarns. Die politische Kultur fragt nach den Einstellungen und Werthaltungen, die für eine Gesellschaft typisch und für deren politisches Handeln relevant sind.¹ Sie beschäftigt sich mit Rahmenbedingungen, die den Ereignissen und Handlungen der Regierenden vorausliegen und sie prägen. Sie bezieht aber über die Einstellungen hinaus auch das Verhalten sowohl der Gesellschaft insgesamt wie von Eliten in ihre Erörterungen mit ein; beides zusammen formt die politische Mentalität. Diese wiederum wirkt nachhaltig ein auf die politischen Institutionen, ihr Verhältnis zueinander und ihren Platz in der Gesellschaft. Institutionen der Macht können über Umbrüche, Revolutionen und Zeitalter hinweg erstaunliche Kontinuität aufweisen. Beispiele dafür sind der Autoritarismus in Rußland oder der Regionalismus in Deutschland.

Die politische Kultur ist weder statisch noch deterministisch, noch hat sie historische Gesetze für heute und die Zukunft anzubieten. Aber das Konzept der politischen Kultur geht davon aus, daß es in jeder Gesellschaft Prägungen, Verhaltensweisen und Einrichtungen gibt, die außerordentlich zählebig sind und sich auch über Revolutionen hinweg reproduzieren, und deren Wandel jedenfalls einem langsameren Rhythmus unterliegt als viele Prozesse der Modernisierung wie zum Beispiel Industrialisierung, Urbanisierung oder Bildungsexplosion.

Das Konzept der politischen Kultur hat in der Kommunismus-Forschung keine bedeutende Rolle gespielt.² Das mag mit deren historischer Kurzatmigkeit zusammenhängen, ist aber wohl auch auf den methodischen Rigorismus zurückzuführen, mit der manche Forscher versucht haben, politische Kultur in ein methodisches Prokrustesbett hineinzuzwängen und es damit zur

¹ Grundlegende theoretische Literatur zum Konzept der politischen Kultur verzeichnet S. White, *Political culture and Soviet politics*, London 1979, S. 191f.

² H. Herlemann, *Politische Kultur*, in: *Pipers Wörterbuch der Politik*, Band 4, Hrsg. K. Ziemer, München 1986, S. 338-343.

sozialwissenschaftlichen Reinheit und Langeweile zu verdammen. So warf Mary McAuley Stephen White, dem Autor einer der wenigen Monographien zur politischen Kultur der Sowjetunion, vor, "seine politische Kultur schließt das Verhalten von Regierungen, das Verhalten und die Einstellungen von Bürgern und sogar politische Institutionen ein", statt sich auf Meinungen und Einstellungen, d.h. eine subjektivistische Definition von politischer Kultur, zu beschränken.¹ Damit wird der Autor für etwas getadelt, für das er Lob verdient.

Mit weniger Skrupeln und mehr Erfolg als bei den Politikwissenschaftlern ist das Konzept politische Kultur von Historikern auf Rußland und die Sowjetunion angewandt worden. Manche Autoren verwenden dabei den Terminus mit Nachdruck (z.B. Keenan), andere benutzen ihn kaum oder gar nicht. In der Sache geht es auch ihnen um die durch Mentalitäten und Langzeiterfahrungen geprägten Bedingungen für politisches Agieren, und um die Bestimmung des historisch Spezifischen in Rußland im Vergleich zu Alteuropa.² Insofern sind die Fragestellungen nicht neu, und die Probleme der politischen Kultur sind vielfach in Wissenschaft und Publizistik behandelt worden, ohne daß die Autoren die Terminologie des political development benutzten.

Aber das Ende der kommunistischen Herrschaft hat dem Konzept politische Kultur neue Aktualität verliehen. Denn es kann erklären helfen, warum der Zusammenbruch der alten Verhältnisse keineswegs den Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft garantiert, ebensowenig wie das Ende der Kolonialherrschaft der Demokratie, den Menschenrechten oder der Marktwirtschaft in vielen Ländern der Dritten Welt zum Durchbruch verholfen hat.

Auch Jahre nach dem Ende der Herrschaft der KPdSU existiert in Rußland kein Spektrum handlungsfähiger politischer Parteien, es gibt im Parlament weder eine Koalition von Regierungsparteien noch eine Opposition; die Wirtschaftsordnung ist von Marktwirtschaft ebensoweit entfernt wie von der alten administrativen Kommandowirtschaft. Die Gründe dafür liegen nicht in der Unfähigkeit der Politiker oder der Apathie der "Massen". Sie lassen sich auch nicht allein auf Enttäuschung oder überzogene Erwartungen zurückführen. Deshalb fragen sowohl in den betroffenen Ländern als auch im Westen Autoren nach den Ursachen unter der Oberfläche.³ Das Herausarbeiten von Elementen der politischen Kultur kann dazu beitragen, die Gegenwart zu erklären und falsche Erwartungen an die Zukunft zurückzuweisen.

Im Bewußtsein der politischen Klasse in Rußland kommt der Vergangenheit als Wegweiser in die Zukunft eine zentrale Rolle zu. Dies ist einerseits eine Reaktion auf die Geschichtslosigkeit der revolutionären Utopie, für die Geschichte lediglich der dunkle Hintergrund für die helle Zukunft

¹ M. McAuley, Political culture and communist politics: Ohne step forward, two steps back, in: Political culture and communist studies. Hrsg. A. Brown, Houndmills 1984, S. 16.

² Als Beispiele seien genannt: R. Pipes, Rußland vor der Revolution. Staat und Gesellschaft im Zarenreich, München 1977; M. Raëff, Understanding Imperial Russia. State and society in the old regime, New York 1984; E.L. Keenan, Muscovite political folkways, in: Russian Review, Bd. 45, 1986, S. 115-181.

³ W. Pfeiler, Historische Rahmenbedingungen der russischen politischen Kultur, in: Rußland auf dem Weg zur Demokratie? Hrsg. H.-J. Veen/P.R. Weilemann, Paderborn 1993, S. 13-42; A. Wolff-Poweska, Politische Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften, in: Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa. Hrsg. W. Weidenfeld, Gütersloh 1993, S. 27-45; B. Orlov, Političeskaja kul'tura i stanovlenie demokratrii v Rossii, Moskau 1994. Einen weit ausgreifenden "kulturologischen" Rahmen zur Erklärung der russischen Sonderentwicklung in Europa hat A.S. Achieser entworfen: Rossija. Kritika istoričeskogo opyta, 3 Bände, Moskau 1991; ders., Samobytnost' Rossii kak naučnaja problema, in: Otečestvennaja istorija, 4-5/1994, S. 3-25.

war. Die Hoffnung auf die Geschichte als Orientierung für die Zukunft resultiert ebenso aus der großen Leere, die nach dem Ende der einst verbindlichen marxistisch-leninistischen Ideologie aufgebrochen ist. Nach dem Zusammenbruch der Utopie und dem Ende der Gegenwart wendet man sich zurück und sucht Gewißheit für die Zukunft in der Vergangenheit. Es erscheint nur folgerichtig, daß im Gegensatz zur weltrevolutionären Hybris, die den Bruch aller historischen Kontinuität verlangte, nun das Bedürfnis nach Wiederherstellung, nach Anschluß an die Geschichte in den Mittelpunkt rückt. Im öffentlichen Diskurs und in der politischen Aktion ist das Bedürfnis nach Kontinuität und Fortsetzung derzeit so überragend, daß die Distanzierung von der sowjetischen Diktatur zu einigen wenigen Stereotypen erstarrt ist.

Zwar verurteilen die Jelzin-Führung und die ehemaligen Antikommunisten aus der Zeit der Wende von 1989 bis 1992 den Bolschewismus, Terror und Diktatur nach 1917, zugleich aber soll die Weltmachtstellung, die ja nicht zuletzt den Bolschewiki und Stalin persönlich zu verdanken ist, in die Zukunft hinüber gerettet werden. So führt die Suche nach Orientierung aus der Vergangenheit zum Verwischen der Grenzen von 1917 und 1991 - Anfang und Ende der Diktatur der KPdSU. Die Vergangenheit stellt sich vielmehr als ein Kontinuum dar; als Resultat der Geschichte ist Rußland zu einer Groß- und Weltmacht berufen. Abgesehen von einigen radikal-demokratischen und national-demokratischen Stimmen ist diese Position heute in Rußland von der Jelzin-Èernomyrdin-Regierung bis zu den Kommunisten konsensfähig.

"Die nationalen staatlichen Interessen sind untrennbar von der gesamten Geschichte" und durch geopolitische Faktoren determiniert, schreibt Akademiemitglied Leonid Abalkin, Stellvertretender Ministerpräsident der UdSSR in der Spätzeit der Perestrojka (Juni 1989 bis März 1991). "Die Wiederherstellung der Autorität und des Einflusses von Rußland als Großmacht liegt im Interesse der Stabilität der Weltgemeinschaft..."¹ Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation, der heute mitgliederstärksten Partei, Genadij Zjuganov, fordert die "Rückkehr zu den uralten nationalen Werten, die notwendige Wiederherstellung der historischen Kontinuität in der Entwicklung des Landes, die Absage an den kämpferischen Atheismus" und an den "Moloch 'Weltrevolution'"².

Das Zentrum der Macht

Die Autokratie, d.h. die Ausbildung eines über den politischen Kämpfen stehenden, als unantastbar geltenden starken Zentrums der Macht, ist der zentrale Wesenszug der politischen Kultur des Moskauer russischen Staates, der seit dem späten Mittelalter entstand und dessen Erbe die Rußländische Föderation von heute ist. Durch diesen Wesenszug unterschied sich der Moskauer Staat grundsätzlich von seinen Nachbarn im Westen und Osten, aber auch von der Kiever Rus'. Die Ausbildung eines über und jenseits der Gesellschaft und der Politik stehenden Zentrums der Macht waren Leistung und Bürde des Moskauer Staates zugleich. Die Moskauer Selbstherrschaft entstand lange vor dem alteuropäischen Absolutismus, den Peter der I. später mit dem Moskauer Erbe verschmolz.

¹ L. Abalkin, O nacional'no-gosudarstvennych interesach Rossii, in: Voprosy ekonomiki, 2/1994, S. 6, 12.

² G. Zjuganov, Deržava, Moskau 1994, S. 127.

Zwei Dinge sind festzuhalten:

1. Der Moskauer russische Staat, gebaut um das Zentrum des Selbstherrschers, war außerordentlich erfolgreich. Weder den Litauern, noch den Polen, Ukrainern, den Mongolen oder später dem Osmanischen Reich gelang es, in den nordöstlichen Weiten Europas einen stabilen Staat aufzubauen. Offenbar war eine politische Ordnung mit einem großen Übergewicht an der Spitze der Macht und entsprechend schwachen intermediären Gewalten den naturräumlichen, sozio-ökonomischen und geistigen Voraussetzungen besonders angemessen.

Der Moskauer russische Staat, dessen Formierung nach 1300 begann, war eine eigenständige Neubildung, die weder aus byzantinischer noch aus Kiever Tradition hergeleitet werden kann. Es hat keine *translatio imperii* gegeben wie im Karolingischen Reich. Die byzantinische Tradition hat weder realpolitisch noch ideologisch das Moskauer Zartum geformt. Die Ideologie von "Moskau - dem Dritten Rom" ist ein Mythos des 19. Jahrhunderts, der von Slawophilen und Westlern ins Mittelalter zurückprojiziert wurde. Der Moskauer Staat sah sich auch nicht als Fortsetzer des Kiever Staates, der im Mongolensturm untergegangen war. Die Kontinuitätshypothese ist das Werk imperialer russischer Selbstdarstellung seit dem 18. Jahrhundert, die im Westen uneingeschränkt übernommen wurde. Die "Sammler des russischen Landes" im 14. und 15. Jahrhundert wollten nicht die Kiever Rus' wiederherstellen, sie schufen einen neuen Staat.¹ Insofern ist die heute in Rußland allgegenwärtige Betonung der Eigenständigkeit des russischen Weges, die allerdings zumeist die Kontinuität mit Kiev in Anspruch nimmt, historisch begründet.

2. Ein Kollaps des politischen Zentrums zog jedesmal Auflösungserscheinungen in der Gesellschaft, vor allem aber den Zusammenbruch des Staates nach sich. Was geschah zu Beginn des 17. Jahrhunderts nach dem Aussterben der regierenden Dynastie der Rjurikiden, 1917 und 1991. Voraussetzung für eine Überwindung der Staatskrise war jedesmal die Wiederherstellung des Zentrums der Macht. Dies wurde 1613 durch die Wahl des ersten Romanov-Zaren Michail erreicht, 1921 durch Lenins Sieg im Bürgerkrieg und im September/Oktober 1993 durch einen Staatsstreich, mit dem Jelzin die Sowjets ausschaltete.

Ohne die eindeutige Festlegung, wo oben (und unten) ist, erwiesen sich der russische Staat als nicht funktionsfähig und die russische Gesellschaft als unregierbar. Das politische System in Rußland hat Teilmächte, die um die Vormacht an der Spitze konkurrieren, nicht zu integrieren vermocht, sei es die Konkurrenz zwischen Zar und Bojarenduma zu Beginn des 17. Jahrhunderts, die zwischen den Bolschewiki und allen anderen nach 1917 oder die zwischen einem demokratisch legitimierten Präsidenten und den Sowjets nach 1991. Von daher spricht vieles dafür, daß eine starke Präsidialmacht die für Rußland angemessene Verfassung ist. Die Realisierung der Gewaltenteilung dagegen stößt auf erhebliche Widerstände. Ihre Durchsetzung dürfte lange Zeit in Anspruch nehmen und viele Rückschläge erleben. Daß ein Verfassungsgericht den Ukaz des Präsidenten außer Kraft setzt, oder daß Exekutive und Legislative durch ein System von checks

¹ Ablehnung der Hypothese von der *translatio imperii*: P. Nitsche, Die Mongolenzeit und der Aufstieg Moskaus (1240-1538), in: Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. I, 1, Stuttgart 1981, S. 662ff., 704ff. Zur Diskontinuität von Kiever und Moskauer Staat: E.L. Keenan, On certain mythical beliefs and Russian behaviors. Russian Littoral Project, University of Maryland at College Park and The Johns Hopkins University, SAIS, Nr. 1, Mai 1993. Entstehung der Denkfigur "Moskau - das Dritte Rom" im 19. Jahrhundert: N. Ul'janov, Komplex Filofeja, in: Voprosy istorii, 4/1994, S. 150-162.

and balances einander austarieren, widerspricht der historischen Erfahrung, nach der der russische Staat auf ein eindeutiges Zentrum ausgerichtet ist.

Zu den Voraussetzungen für die Konsolidierung eines starken Machtzentrums gehörte die eindeutige Nachfolgeregelung des Fürsten bzw. Zaren. Es war eine überragende politische Leistung der Moskauer Fürsten, daß sie das in Kiev und allgemein in den ostslawischen Fürstentümern übliche Senioritätsprinzip abschafften, nach dem nicht eine Person, sondern ein fürstlicher Klan Inhaber der Macht war. Auf der Grundlage des kollektivistischen Senioritätsprinzips, nach dem z.B. der vierte Sohn eines Erblassers und der erste Sohn des ersten Sohnes gleiche Seniorität genossen, konnte kein stabiler Staat entstehen. In einer Kombination von Zielstrebigkeit, Umsicht und unter Vermeidung allzu "revolutionärer" Aktionen, begünstigt durch Fortune (Langlebigkeit der Fürsten), gelang es den Moskauer Fürsten im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts, Erbteilungen des Fürstentums abzuschaffen und die Primogenitur durchzusetzen. Diese auch in vielen Dynastien Westeuropas übliche Nachfolgeordnung, im 18. Jahrhundert durch die weibliche Erbfolge erweitert, blieb bis 1917 Grundvoraussetzung für die Legitimität der Herrschaft. Der Versuch Peters I., sich in rationalistischer Hybris über das dynastische Prinzip zu erheben, blieb folgenlos. Peter legte aus Erbitterung über seinen ungeratenen Sohn im Thronfolgestatut von 1722 fest, es solle "immer im Willen des regierenden Herrschers liegen, zu seinem Nachfolger zu bestimmen, wen er will".¹

Die bolschewistische Diktatur knüpfte mit ihrem Führerprinzip an die autokratische Tradition an, ohne dies jemals beim Namen zu nennen. Alle Versuche, eine "kollektive Führung" zu etablieren, insbesondere nach dem Tod Stalins 1953 und nach dem Sturz Chruščëvs 1964, scheiterten. Das sowjetische politische System drängte mit innerer Logik darauf, eine Nummer Eins an der Spitze zu haben. Anders war es nicht adäquat funktionsfähig. Aber im Unterschied zur zarischen Selbstherrschaft gelang es den Sowjetsystemen nicht, eine Nachfolgeordnung zu etablieren. Das ist einer der Gründe für seinen Untergang. Zum ersten Mal macht Rußland jetzt den Versuch, die Nachfolge im Zentrum der Macht mit dem einzigen Instrumentarium zu regeln, das die Demokratie bereithält: alternative Wahlen. Deshalb ist die Abhaltung von Präsidentenwahlen nach Ablauf der Amtsperiode Jelzins im Frühjahr 1996 ein entscheidender Test für die Verwurzelung eines demokratischen Bewußtseins. Wie dünn das Eis ist, wird deutlich, wenn gegenwärtig ein erheblicher Teil der Amtsträger und der Publizistik in Rußland, mit dem Vorsitzenden des Föderations-Rates ("Oberhaus") Šumejko an der Spitze, eine Verschiebung von Wahlen und die Verlängerung von Amtszeiten fordert.

Die politische Tradition verlangt eine klar vorzeigbare Spitze der politischen Pyramide. Dies bedeutet jedoch nicht notwendigerweise, daß der Selbstherrscher allein die Macht ausübt. Im Gegenteil, das politische System hat Zaren verkraftet, die unfähig und unwillig waren zu herrschen, wie der erste Romanov-Zar Michail oder Generalsekretäre der KPdSU, die physisch nicht mehr in der Lage waren, Macht auszuüben, wie Brežnev in seinen letzten Lebensjahren. Der Grundzug der politischen Kultur ist dadurch nicht in Frage gestellt worden. Der "allmächtige und von Gott bevollmächtigte Zar" war "der zentrale Mythos des politischen Systems"², das heißt für die

¹ Vgl. G. Stökl, Das Problem der Thronfolgeordnung in Rußland, in: Der dynastische Fürstenstaat. Hrsg. J. Kunisch, Berlin 1982, S. 273-289.

² E. Keenan, Muscovite political folkways, S. 147.

Funktionstüchtigkeit kam es darauf an, daß sein Bild unbefleckt überall sichtbar war. Er hatte zwar die Möglichkeit, unbeschränkt zu herrschen. Das System brach jedoch nicht zusammen, wenn der Selbstherrscher nicht die Macht ausübte. Es fanden sich genügende Ehrgeizige, Favoriten und Träger korporativer Interessen hinter den Kulissen. So ist der Zugang zum Herrscher seit dem späten Mittelalter ein zentrales Ziel im Kampf um die tatsächliche Macht gewesen. Das Recht auf das Ohr des Herrschers ist nur teilweise institutionell geregelt worden, und seit Peter dem Großen gab es keine Schranken der Seniorität oder Verwandtschaft mehr. Eine zentrale Fragestellung lautet deshalb stets: Wer regiert in Rußland durch und mit Hilfe des Mannes an der Spitze?

Der Selbstherrscher, seine unmittelbare Umgebung und infolgedessen der politische Entscheidungsprozeß an der Spitze waren immer von einem undurchdringlichen Schleier des Geheimnisvollen und der Geheimniskrämerei umgeben. Die zentralen Entscheidungsprozesse im Moskauer Staat unterlagen der *neglasnost* (= Nichtöffentlichkeit, Nichttransparenz).¹ Wir wissen nichts über unterschiedliche politische Positionen und Fraktionen am Moskauer Hof im 14. und 15. Jahrhundert, die es ohne Zweifel gegeben hat. Die Spielregeln im Zentrum der Macht drangen nicht nach außen, sie waren auch nicht schriftlich fixiert. Die Spieler (in der Frühzeit die Fürsten- und Bojaren-Klone) kannten die Regeln. Vor der Außenwelt und dem Ausland wurden sie durch ein pompöses Hofzeremoniell, das die Allmacht des Zaren demonstrierte, verborgen.

Bis in die Mitte der 1980er Jahre hatte kein kommunistischer Spitzenführer ein nach außen sichtbares politisches Profil, das von dem des Generalsekretärs der KPdSU abwich. Die Reden der Mitglieder des Politbüros glichen einander wie ein Ei dem anderen. Eine ausgefeilte Kremlologie bemühte sich, wenigstens marginale Unterschiede auszumachen. Zentrale politische Entscheidungen wurden im Konsens getroffen, den der Generalsekretär festlegte. Förmliche Abstimmungen im Politbüro - selbstverständlich hinter verschlossenen Türen - waren die Ausnahme. Die Abstimmungen in allen anderen Beschlußgremien des sowjetischen Systems galten als reine Formsache; Gegenstimmen waren unzulässig. Dieser nach außen zur Schau gestellte Konsens verlangte unerbittlich nach strenger Geheimhaltung im Innern. Die Mauern des Kreml sind auch nach Ende des Kommunismus nicht wesentlich durchlässiger geworden. Der Kampf um Zugang zum Zentrum der Macht hat an Schärfe zugenommen.

Die Akzeptanz eines starken unangefochtenen Zentrums der Macht im Inneren hat es der Moskauer Politik in aller Regel erlaubt, eine flexible, pragmatische Linie nach außen zu vertreten. Weder das "Sammeln des russischen Landes", noch die imperiale Expansion seit Mitte des 16. Jahrhunderts über die ostslawischen Siedlungsgebiete hinaus folgte einem großangelegten Meisterplan oder einer Weltherrschaftsideologie. Die gewaltige Expansion des Moskauer Staates wurde durch die Kombination mehrerer Faktoren möglich: Konsolidierung im Innern; Entschlossenheit, Chancen wahrzunehmen, dabei jedoch das Risiko vorsichtig zu kalkulieren; Schwäche der Nachbarn; pragmatisches Vor und Zurück; Anpassung der politischen Rhetorik an die jeweilige Lage, d.h. eine ausgefeilte Diplomatie; das Fehlen eines starren Plans, der hätte durchgesetzt werden müssen.

Vage Ansprüche auf Vorherrschaft im Weltmaßstab formulierte erst die bolschewistische revolutionäre Ideologie. Aber sogar der erfolgreichste Mehrer der Revolution - Stalin - machte davon

¹ Ebd., S. 145.

eher sparsamen Gebrauch. Er vermied eine Expansion in die Dritte Welt, in die sich dann seine Nachfolger stürzten und damit die Kräfte der Sowjetunion überspannten. Russische Großmachtrhetorik nach dem Ende der Sowjetunion wird man in ihrem historischen Zusammenhang sehen müssen: Sie paßt sich den Verhältnissen an, sie kalkuliert das Risiko.

Schließlich soll hier noch ein Grundzug der politischen Kultur zur Sprache kommen, der unmittelbar mit der Ausbildung der Autokratie im Zusammenhang steht: Der ausgeprägte Zentralismus des Moskauer russischen Staates. Der Staat war eine Emanation des fürstlichen Willens. Er vergab Land, Funktionen und Aufträge an die Dienstleute, die über ihre Dienstpflicht und ihr Besitztum an den Fürsten und damit an den Ausgangspunkt aller Macht gebunden blieben. Mit der Expansion des Fürstentums nahm zugleich der Zentralismus zu, denn die Moskauer Herrscher sahen sich stets vom Separatismus der neu angeschlossenen Gebiete bedroht. Zur Sicherung der Macht wurde häufig die einheimische Oberschicht in den eroberten Fürstentümern ganz oder teilweise ausgesiedelt und durch Bojaren und Dienstleute aus Moskau ersetzt. Deshalb hat der Adel im Moskauer Staat bis weit in die Neuzeit hinein keine lokale Identität entwickelt, und ein politischer Regionalismus, der für viele Staaten Europas charakteristisch war, blieb in Rußland ganz unbedeutend. Der Zentralismus war aufwendig und schwerfällig: Eine einfache Grundstückstransaktion in einem Dorf am Polarkreis erforderte am Ende des 16. Jahrhunderts Registrierung und Genehmigung in Moskau. Die Reise dorthin und zurück beanspruchte fast ein Jahr.¹

Der extreme Zentralismus zur Sicherung gegen separatistische Bestrebungen war zugleich die Kehrseite und der Ausdruck eines Struktur Mangels: der fehlenden oder ganz unzulänglichen Provinzverwaltung. Gerade weil es in Moskau stets an Geldmitteln und auch an politischer Einsicht in die Notwendigkeit einer bürokratischen Durchdringung des Reiches fehlte, blieb der Zentralismus der für die Staatskasse billigere wenn auch ineffiziente Weg, den Staat zusammenzuhalten. Um 1900 betrug die Zahl der Verwaltungsbeamten im Russländischen Reich relativ zur Bevölkerung nur ein Drittel im Vergleich zu Frankreich und die Hälfte im Vergleich zu Deutschland.²

Die Bolschewiki haben nach ihrem "Sammeln" des Rußländischen Reiches im Bürgerkrieg den Zentralstaat unter anderem Namen und in wesentlich rigiderer Form wieder hergestellt. Das staatsrechtliche Instrument hieß jetzt Sowjetföderalismus und die neue Klammer KPdSU. Das alte erprobte Instrumentarium des Kaderaustausches zwischen Peripherie und Zentrale wurde über Jahrzehnte erfolgreich eingesetzt. Es konnte allerdings nicht verhindern, daß an der Peripherie allmählich eine eigenständige Elite heranwuchs, die den Zentralismus und den Zentralstaat grundsätzlich in Frage stellte.

Wenn ein starkes Zentrum der Macht der Grundzug der politischen Kultur ist, stellt sich die Frage, wie es dennoch zum Zusammenbruch hat kommen können, der Rußland zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert erschüttert. Die Stabilität der Autokratie beruht darauf, daß sie dem politischen Tagesgeschehen entzogen ist. Auch ein Coup d'Etat verfolgt das Ziel, die Person des Selbstherrschers durch eine andere zu ersetzen, nicht aber das System abzuschaffen. Aber wegen der Abgehobenheit und prinzipiellen Unantastbarkeit - Archiezer spricht vom Totem - besteht die Gefahr der Isolierung und Selbstisolierung der Autokratie. Der kaiserliche Hof lebte in den letzten Jahrzehnten vor dem

¹ Ebd., S. 131.

² R. Pipes, The Russian Revolution, New York 1991, S. 67.

Ersten Weltkrieg in einem Rußland, das es nicht gab. Die Leichtigkeit, mit der Nikolaus der II. im Februar 1917 abdankte, zeigt noch den Realitätsverlust. Er war sich offenbar über die Tragweite des eigenen Schrittes nicht im klaren. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Kaiserhaus soweit von Staat und Gesellschaft isoliert, daß sich sogar im Heer und in der hohen Bürokratie keine Hand mehr für den Kaiser rührte.

Ähnlich isolierte sich das Politbüro der KPdSU in den 1970er Jahren immer stärker von der Wirklichkeit in der Sowjetunion. Der propagandistische Selbstbetrug von dem ständig zunehmenden Gewicht des "sozialistischen Lagers" und vom bevorstehenden Untergang des "imperialistischen Klassenfeindes" war Ausdruck dieses Realitätsverlustes. Die vergreisten Generalsekretäre der KPdSU vor 1985 blieben zwar das unangefochtene Zentrum der Macht - insoweit funktionierte das Totem weiter - aber es verlor die Verbindungen zur Gesellschaft. Als dann nach 1985 der Versuch gemacht wurde, den Graben zuzuschütten, erwies sich das als unmöglich.

Weder vor 1917 noch vor 1991 bestanden starke politische Bewegungen, die die Abschaffung der Monarchie oder der KPdSU bzw. des Politbüro gefordert hätten. Die Revolutionäre und die Reformer traten vielmehr überwiegend ein für eine konstitutionelle Monarchie bzw. für eine konstitutionelle Herrschaft des Apparates der KPdSU, d.h. für einen evolutionären Abbau der Autokratie und einen allmählichen Übergang zu pluralen und liberalen Formen der Herrschaft. Dies gelang nicht, weil die Prägungen der politischen Kultur dem entgegenstanden. Das autokratisch strukturierte Zentrum der Macht läßt sich eher durch ein neues ersetzen (der Führer der Bolschewiki anstelle des Kaisers, der Präsident anstelle des Führers) als aufweichen.

Das evolutionäre Entwicklungspotential des politischen Systems in Rußland war geringer als in den meisten Regionen Europas. Dies hatte zwei Folgen:

1. Reformen, Entwicklungsschübe, Umwälzungen wurden in der Regel vom Zentrum der Macht ausgelöst und durchgesetzt, auch wenn sie von unten vorbereitet waren.
2. Reformen bedeuteten häufig scharfe Einschnitte, demonstrative Lossage, ja Verachtung des alten, die Neigung, aus einem Extrem ins andere zu fallen. Die britische und die russische politische Kultur können insofern als Gegenpole in Europa gelten.

Starker Staat - schwache Gesellschaft

Die schwache Ausbildung intermediärer Gewalten und Institutionen zwischen dem Selbstherrscher und der lastentragenden bäuerlichen Bevölkerung gehört zu den Wesensmerkmalen des Moskauer Staates. Der Unterschied zu den Nachbarn im Westen und Norden hätte kaum schärfer sein können. Während der Adel in Polen-Litauen das Königtum aushebelte und sich am Ende damit selbst wehrlos machte, erlangte der russische Adel erst am Ende des 18. Jahrhunderts durch einen Gnadenakt Katharinas II. das Recht zur ständischen Selbstorganisation, die jedoch bis zum Ende der Monarchie im Rahmen lokaler Selbstverwaltung blieb. Die russischen Oberschichten wirkten an den Staatsangelegenheiten im Rahmen von Dienst und staatlicher Bürokratie mit, nicht aber im Rahmen ständischer Rechte und Freiheiten. Das bedeutete nicht, daß die Fürsten- und Bojaren-Klone machtlos waren. Das "Land" (zemlja) war in Notzeiten wie in den Jahren der Smuta in der Lage zur

Selbstorganisation und zur Abhaltung von Landesversammlungen (zemskij sobor). Ständische Korporationen sind daraus nicht geworden. Den russischen Oligarchen fehlte es nicht an Macht, sondern an Recht, das ihnen Eigen"-ständig"keit neben dem Autokrator verliehen hätte. Der Großfürst "verfügt aus freier Willkür über aller Leben und Gut"¹ - das bezeichnete eine europäische Sonderentwicklung.

Eine Grundlage und ein Motor für die Ausbildung der Stände in Alteuropa war der Feudalismus - er fehlte in Rußland. Ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Schutz- und Treueverhältnis zwischen dem Herrn und dem Vasallen, wobei der Herr den Schutz gewährte und der Vasall zur Treue verpflichtet war, stand im Widerspruch zur Moskauer Autokratie. Der Moskauer Fürst und Zar forderte zwar Unterwerfungs- und Treueschwüre, er leistete sie aber niemals einem Untertanen. Das Prinzip der Gegenseitigkeit, das im Westen auch das Widerstandsrecht des Vasallen einschloß, war unvereinbar mit der Moskauer Autokratie, wonach Herrschaft nur von einem Pol ausgeht, so daß auch mächtige Bojaren "Knechte" blieben. Die Autokratie duldete keine Selbstorganisation des Adels nach eigenem Recht, ebensowenig ließ sie eine Autonomie der Städte zu. Eine rechtliche und politische Selbständigkeit der Städte gegenüber dem Fürsten kam im Moskauer Staat nicht in Frage - gerade sie aber war in Alteuropa Voraussetzung für die zivilisatorischen und kulturellen Leistungen der Städte. Ansätze einer städtischen Eigen- und Sonderentwicklung erstickte Ivan III. (1462 bis 1505), indem er Groß-Novgorod zwang, "die Stirne ihrem Herrn, dem Großfürsten" zu schlagen. Der Eroberer siedelte die gesamte grundbesitzende Oberschicht aus.

Natürlich bedeutete die gleiche rechtliche Abhängigkeit aller Untertanen vom Herrscher nicht, daß alle Untanen gleich waren. Zudem gab es auch im vorpetrinischen Rußland Ansätze zu einer "staatsbedingten Gesellschaft" (Hans-Joachim Torke). Aber erst der aufgeklärte Absolutismus unter Katharina II. schuf in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Grundlagen für die gesellschaftliche Selbstorganisation (Adel) und Emanzipation (Altgläubige). Die großen Reformen der 1860er Jahre und die Revolution von 1905/06 waren weitere Voraussetzungen für die Ausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft. Vor dem Zusammenbruch im Oktober 1917 bot sich ein ambivalentes Bild: Angesichts der späten und schwierigen Startbedingungen entfaltete sich eine erstaunliche Vielfalt gesellschaftlicher Tätigkeiten von Interessenverbänden, professionell-korporativen Zusammenschlüssen, Nationalbewegungen bis zu politischen Parteien und einer weitgefächerten Presse. Auf der anderen Seite waren die vom Staat unabhängigen Aktivitäten institutionell zu wenig gefestigt und im Bewußtsein zu wenig verankert, als daß sie sich gemeinsam gegen die gewaltsame Wiederkehr einer "staatsbedingten Gesellschaft" hätten zur Wehr setzen können.

Die Bolschewiki waren erfolgreich, weil sie es mit einer nur schwach strukturierten Gesellschaft zu tun hatten, in der die KPdSU nach einem blutigen Bürgerkrieg die Rolle der Staatsmacht übernahm. Die tiefverwurzelte Staatsgläubigkeit und Staatshörigkeit kam ihr zugute. Im Unterschied zur zarischen entwickelte die bolschewistische Autokratie eine ausgefeilte Theorie und umfassende institutionelle Regelungen, um gesellschaftliche Aktivitäten entweder zu kontrollieren oder zu verbieten. Die KPdSU etablierte sich als "lenkende Kraft" und "Kern" (Artikel 6 der Verfassung der UdSSR von 1977) aller gesellschaftlichen Organisationen. Das totalitäre System schuf außerdem

¹ Sigmund von Herberstein, Das alte Rußland, Zürich 1985, 2. Aufl., S. 61. Übersetzung der lateinischen Erstausgabe von 1549.

Mechanismen der Scheinpartizipation, die nach außen den Eindruck vermittelten, als ob die gesellschaftlichen Institutionen politische Mitsprache besäßen.

Die Unselbständigkeit der Gesellschaft war vor allem auch die Folge davon, daß eine Trennung von Macht und Eigentum erst sehr spät und unvollständig folgte. Das Moskauer Zartum formierte sich als ein patrimonialer Staat, als ein überdimensionaler fürstlicher Hof und Haushalt, in dem es nur einen Eigentümer gab: den Autokrator. Es bestand im Prinzip kein Unterschied zwischen den Besitztümern des Herrschers, des Staates und der Untertanen. Eigentum (dominium) und Herrschaft (imperium) waren im Moskauer Staat nicht geschieden. Eine Trennung von öffentlicher und privater Sphäre, von öffentlichem und privatem Recht, die in Alteuropa unter dem Einfluß des römischen Rechts erfolgte, blieb in Rußland bis ins 18. Jahrhundert unbekannt. Im Spätmittelalter, als sich der Allodialbesitz in Alteuropa durchsetzte, beseitigte der Moskauer Großfürst im Gegenteil den früheren Allodialbesitz der Bojaren und band die Grundherrschaft an den Dienst für den Selbstherrscher. Erst 1762 wurde der Adel von der allgemeinen Dienstpflicht befreit, und erstmals 1785 erhielt der Adel in einer Gnadenurkunde der Kaiserin die Eigentumsgarantie für seinen Grundbesitz.¹

Darüber hinaus war der Selbstherrscher der wichtigste Wirtschaftsunternehmer. Im 16. und 17. Jahrhundert nahmen die Zaren weitgehend ein Monopol im Großhandel, Manufakturwesen und im Bergbau in Anspruch. Die Wirtschaft wurde viel später und eingeschränkter als in Alteuropa aus der Umklammerung und Protektion des Staates entlassen. Auch in der Phase der raschen Industrialisierung in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg blieb der Staat zentraler Akteur in der Wirtschaft, sowohl als Unternehmer wie als Protektor, Verteiler von Subventionen und Lizenzen. Nirgendwo in Europa spielte der Staat zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine derart dominierende Rolle in der Wirtschaft wie in Rußland. Er mußte sich dabei keineswegs gegen eine auf mehr Selbständigkeit drängende Industrie und Unternehmerschaft durchsetzen; die russische Wirtschaft richtete sich im Gegenteil unter dem schützenden Mantel des Staates erfolgreich ein.²

Die entstehende städtische Mittelschicht blieb vor dem Ersten Weltkrieg auch zahlenmäßig schwach. Vier Fünftel der Russen waren nach wie vor Bauern und lebten seit dem Mittelalter in dörflichen Gemeinden (obščina), die kein Privateigentum am Boden und Produktivvermögen kannten. Die ganz auf Gemeinschaftseigentum bezogene Dorfkultur, in der es kein Individualeigentum gab - das bewegliche Eigentum war Besitz der hofsässigen Familie (dvor) bzw. des Familienältesten -, und wo die Initiative des einzelnen generell begrenzt war, ist mitverantwortlich für die auch heute unterentwickelte Eigentumsmentalität. In Rußland "stiehlt man", stellte Karamzin (1766 bis 1826) fest. Wenn allen alles gehört und damit niemandem nichts, dann sind Aneignung und Verlust Phänomene des Übergangs, die weniger schwer wiegen als in einer Gesellschaft, in der das Privateigentum Grundlage und Ziel des Wirtschaftens und der gesellschaftlichen Rangordnung ist, wie etwa in der amerikanischen Gesellschaft.

In der obščina wurde das Land regelmäßig umverteilt, um den gewachsenen oder kleiner gewordenen Familien einen proportionalen Anteil zuzuweisen. Starb ein Familienoberhaupt, so löste sich der Hof auf, und die Söhne begründeten mit dem geteilten beweglichen Eigentum neue Höfe.

¹ Pipes, Rußland vor der Revolution, S. 67ff.

² White, Political culture and Soviet politics, S. 47ff.

Auf Land und Hof bezogene Familientradition konnte sich hier nicht ausbilden, und herausragende Leistungen des einzelnen lohnten sich nicht. Statt dessen lebte das Dorf aus der Einbindung des Individuums in die Gemeinschaft und ruhte auf einer Gerechtigkeitsethik, in der Gleichheit der oberste Wert war. Jene Bauern, die sich mit Hilfe der Regierung im Jahrzehnt vor 1917 aus der bäuerlichen Zwangsgemeinschaft gelöst hatten, wurden danach wieder in die obšëina zurückgeholt.¹

Die politische Kultur erleichterte den Bolschewiki die Vernichtung des Privateigentums nach 1917 und die Enteignung des gesamten Volksvermögens zugunsten der KPdSU. Gewinnstreben, materieller Reichtum und das Ausbrechen aus der Gemeinschaft stießen auch vor 1917 auf eine breite Front des Mißtrauens und der Ablehnung. Sie reichte von der staatlichen Bürokratie über die Orthodoxe Kirche bis hin zur revolutionären Intelligencija. Die Orthodoxe Kirche, die im übrigen keine konsistente Soziallehre entwickelte, war ein fruchtbarer Boden für antikapitalistische Ressentiments. Sie lehnte die materialistische, kapitalistische Gesellschaft ebenso ab wie das die kulturelle Avantgarde tat, die auf den Untergang der "bourgeoisien" Zivilisation hoffte und wartete. Diese Hoffnung erfüllte sich, ohne daß es zu einer breiten Ausbildung der bürgerlichen Gesellschaft gekommen war.

Als die Bolschewiki sich den Staat unterwarfen und zum Instrument ihrer Diktatur machten, konnten sie davon ausgehen, daß die umfassende Rolle des Staates fest in der politischen Kultur verwurzelt war. Die Gesellschaft erwartete und akzeptierte, daß der Staat eine Allzuständigkeit in Anspruch nahm. Die ständigen Eingriffe, Gängelungen und Bevormundungen staatlicher Organe gegenüber den Bürgern wurden als selbstverständlich hingenommen.

Aber der kommunistische Staat verstand sich als Weltanschauungsstaat, der nicht nur die Regelung aller sozialen Verhältnisse beanspruchte, sondern auch die Überzeugungen und Werte vorschrieb und den Sinn des Lebens ermittelte. Zwar hatte der russische Staat vor 1917 keine derartigen totalitären Ansprüche erhoben, aber auch er war weit entfernt gewesen von weltanschaulicher Toleranz, wie sie sich in Alteuropa und Nordamerika seit dem 18. Jahrhundert durchsetzte. Bis 1905 war der Austritt aus der Orthodoxen Kirche gesetzlich verboten, und die russische Gesetzgebung sah auch danach die Nichtzugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft nicht vor. So war der kommunistische Versuch einer Zwangsatheisierung die perverse Fortsetzung des grundsätzlichen Anspruchs, alle Russen müßten der Orthodoxen Kirche angehören.

Die Enteignungen, die Verjagung der Unternehmer, die Liquidierung der Banken durch die Bolschewiki stießen auf keinen großen Widerstand. Sie appellierten an das kollektive Langzeitgedächtnis, nach dem Grund und Boden, Städte und Dörfer, Bodenschätze und Fabriken dem gerecht zu teilenden Autokrator gehörten, nicht aber den rücksichtslos nur auf eigenen Vorteil bedachten Kapitalisten mit der Wolfsmentalität. Im Westen durchgeführte soziologische Untersuchungen unter Flüchtlingen aus der Sowjetunion in den Jahren 1950/51 bestätigten die Akzeptanz der staatlichen Eigentumsordnung. Selbst Menschen, die dem Sowjetsystem kritisch bis ablehnend gegenüberstanden, bewerteten die staatliche Planung der Wirtschaft und das staatliche Eigentum an der Schwerindustrie, dem Transport- und Kommunikationswesen positiv. Ebenso

¹ Eine knappe und eindrucksvolle Darstellung der bäuerlichen Welt in: Pipes, *The Russian Revolution*, S. 91ff. Für die Zeit nach 1917: H. Altrichter, *Die Bauern von Tver. Vom Leben auf dem russischen Dorfe zwischen Revolution und Kollektivierung*, München 1984.

befürworteten die Befragten den sozialistischen Wohlfahrtsstaat mit seiner umfassenden Fürsorge und den Eingriffen in den Alltag jedes einzelnen. Allerdings war die Zustimmung zum Staatsmonopol im Bereich der Konsumgüterproduktion und -verteilung wesentlich geringer. Das Kolchossystem in der Landwirtschaft wurde von den befragten ehemaligen Sowjetbürgern rundheraus abgelehnt. Neun Zehntel der Befragten traten für die Auflösung der Kolchosen und die Verteilung des Landes an die Bauern ein. Hier zeigte sich, daß auch 20 Jahre nach der Zwangskollektivierung die Kolchosen nicht akzeptiert waren, die die Bevölkerung nicht angemessen ernähren konnten.¹ Auch eine Generation später wurden diese Ergebnisse soziologischer Untersuchungen unter Übersiedlern aus der Sowjetunion in Israel im wesentlichen bestätigt. Die Russen erwarteten auch in den 1970er Jahren vom Staat eine wesentlich aktivere Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft als dies in westlichen Gesellschaften die Regel ist. Das Staatseigentum an der Großindustrie wurde allgemein bejaht, während in der Konsumgüterindustrie, im Dienstleistungsbereich und in der Landwirtschaft der privaten Initiative mehr Raum gewährt werden sollte. Wie schon in der späten Stalinzeit galt den Sowjetbürgern auch in den 1970er Jahren die Neue Ökonomische Politik (NP) der 1920er Jahre als eine Art goldenes Zeitalter. Sie assoziierten damit erfolgreiche private Initiative im Rahmen einer weitgehend staatlich dominierten Eigentumsordnung.²

Was folgt daraus für die Gegenwart und mögliche Entwicklungen in der Zukunft? Nach dem Zusammenbruch der alten Ordnung läßt sich der heutige Zustand offenbar am ehesten als "schwacher Staat und schwache Gesellschaft" beschreiben.³ Zwei Tendenzen sind dennoch festzuhalten:

1. Der Umbruch hat in der russischen Gesellschaft Kräfte der Selbstorganisation geweckt, vergleichbar der Zeit nach der Jahrhundertwende. Im Zentrum und in den Provinzen formieren sich Interessengruppen, berufsständische Korporationen, Lobbys von Industrie, Landwirtschaft oder Medien, Nationalbewegungen, religiöse Organisationen und vieles andere. Diese gesellschaftlichen Aktivitäten stehen heute auf einem festeren sozialen Fundament als zu Beginn des Jahrhunderts, weil die Gesellschaft sich durch Verstädterung und Bildungsexplosion gewandelt und damit eine Basis für Mittelschichten geschaffen hat.
2. Die Erwartungen an einen starken Staat sind nach wie vor hoch. Gerade in der gegenwärtigen Schwächeperiode werden die Stimmen derjenigen immer lauter, die nach einem starken Machtstaat rufen. Die gewachsene politische Kultur wird dazu beitragen, daß sie nicht ungehört verhallen. Große Teile der Gesellschaft sind bereit, eine autoritäre Staatsgewalt hinzunehmen, ja sie wird als Voraussetzung für die Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung betrachtet.

Vor allem dürfte der russische Staat nicht bereit sein, sich im Bereich der Ökonomie auf das Setzen eines ordnungspolitischen Rahmens und die Eintreibung von Steuern zurückzuziehen. Nicht nur die nach rückwärts orientierte heutige Opposition, sondern auch die Regierung geht davon aus,

¹ A. Inkeles/R.A. Bauer, *The Soviet citizen, Daily life in a totalitarian society*, Cambridge, Mass. 1961, 2. Aufl., S. 236ff, 242ff.

² White, *Political culture and Soviet politics*, S. 99f.

³ W. Lamentowicz, *Politische Instabilität in Ost- und Mitteleuropa: Innenpolitische Gefährdungen der europäischen Sicherheit und Integration*, in: *Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa*, S. 66.

daß "in dem Maß, wie sich marktwirtschaftliche Reformen vertiefen und die Entwicklung des Unternehmertums sich entfaltet, die Notwendigkeit einer staatlichen Regulierung der unternehmerischen Tätigkeit offensichtlich wird".¹ Dies erinnert an die alte Rhetorik, daß mit der fortschreitenden Vervollkommnung des Sozialismus die Rolle der KPdSU zunimmt.

Konsens und Konflikt

In Rußland hat sich eine Konsens-Kultur ausgebildet. Politische Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Konflikte haben die Tendenz, zur Spaltung (raskol), zum Kampf und zur Kommunikationslosigkeit zu führen. Der Konsens ist nicht das Ergebnis einer freien Willensentscheidung; er muß nicht freiwillig zustande gekommen sein. Er ist das Ergebnis von Zwängen und drohenden Sanktionen - wie in der bäuerlichen Gemeinde -; oft ist er auch institutionell gesichert und durchsetzbar wie der demokratische Zentralismus im Rahmen der KPdSU. Eine liberale Streitkultur - Unterpfand des demokratischen Parlamentarismus im Westen - fehlt. Unterschiedliche Standpunkte gelten als etwas Vorläufiges, das überwunden werden muß, und dann entweder zum Konsens oder zur Spaltung führt. Dahinter steht die Vorstellung, daß es nur eine Wahrheit gibt und daß die Politik ihr ebenso wie die Philosophie und die Religion verpflichtet sind. Denken und Fühlen in den Kategorien der Ganzheitlichkeit (celostnost') und Geschlossenheit haben eine alte Tradition. Die Politik ist auch heute nur ungenügend säkularisiert und mehr dem Absoluten und einer statisch vorgestellten Gerechtigkeit verpflichtet als dem Möglichen. Weil die Politik diesem Anspruch nicht gerecht werden kann, wendet sich die Gesellschaft von ihr ab.

Eine der Wurzeln der Konsens-Kultur ist die bäuerliche Gemeinde (obščina), in der bis zum Ende der 1920er Jahre der weit überwiegende Teil der Bevölkerung lebte. In dieser weitgehend auf sich selbst gestellten bäuerlichen Welt wurden die für den einzelnen lebenswichtigen Entscheidungen von der Versammlung der Familienoberhäupter (s-chod) getroffen. Konsens war die Voraussetzung für das Fortbestehen der bäuerlichen Gemeinde. Spaltungen und Abweichungen waren unzulässig, sobald eine Entscheidung gefallen war, ebenso eine Appellation nach außen. Die dörfliche Selbstverwaltung traf ihre Entscheidungen aufgrund von örtlich sehr unterschiedlichem Gewohnheitsrecht, nicht aufgrund von geschriebenem Recht; das geschah informell und nicht auf dem Weg festgelegter und einklagbarer Prozeduren. Die persönliche Autorität eines Familienoberhauptes zählte dabei mehr als formelle Abstimmungen.

Das bäuerliche Konsens-Ideal fand eine Entsprechung in der Theologie der Slawophilen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die Konziliarität oder Gesamtheit (sobornost') in den Mittelpunkt ihres Verständnisses von der Kirche rückten. Danach sind dogmatische Lehren und Formen der Frömmigkeit der Kirche nur dann rechtens und wirksam, wenn sie von der Gesamtheit der Gläubigen akzeptiert und getragen werden. Sobornost' steht über Institutionen und Prozeduren.²

Die Einheits-Ideologie der Bolschewiki konnte auf einem bestehenden Fundament aufbauen.

¹ Aus einem Memorandum der Regierung zum Projekt einer Verordnung "Über die Lizenzierung einzelner Arten der Tätigkeit", in: Izvestija, 16. August 1994.

² Über die Wiederaufnahme des Begriffs sobornost' in der heutigen politischen Sprache vgl. den Artikel "Sobornost'", in: G. Gussejnov, Materialien zu einem russischen gesellschafts-politischen Wörterbuch. 1992-1993, Bremen 1994, S. 219-224.

Natürlich füllten die neuen Herren den alten Rahmen mit anderen Inhalten, aber sie profitierten davon, daß er vorhanden war. Die Lehre von der Einheit des personalen Willens und des Kollektivwillens, der Einheit von KPdSU und Volk, die Gleichsetzung der Interessen der Sowjetunion mit denen der Weltrevolution - alles beruhte darauf, daß die Interessen und Werte des einzelnen denen des Kollektivs untergeordnet sind und daß die abweichenden Vorstellungen des einzelnen im Konsens aller verschwinden.

Aber steht das Konsens-Ideal nicht im Widerspruch zum Autokratie-Ideal, wonach der politische Wille von einem Zentrum ausgeht? Auf der einen Seite politische Entscheidungen, die jedenfalls im Prinzip durch die Zustimmung aller zustandekommen, andererseits der Anspruch des Herrschers, alles allein zu entscheiden. In der Wirklichkeit haben sich diese Grundsätze als komplementär, nicht als konträr erwiesen. Unter den Bedingungen der kommunistischen Diktatur erklärte sich der Führer der KPdSU zum Träger und Sprachrohr des Konsenses. Dies war auf dem Hintergrund der russischen politischen Kultur leichter durchzusetzen als etwa auf dem der angelsächsischen politischen Kultur, die charakterisiert ist durch das permanente Nebeneinander von Positionen und Interessen für die ständig Ausgleich und Kompromiß gesucht werden müssen, ohne daß die Ausgangspositionen durch den Ausgleich verschwinden. Die Verbindung des Konsens- und des Führerprinzips hat der Sowjetmacht, insbesondere unter Kriegs- und Krisenbedingungen, ungeheure Schlagkraft verliehen.

Dies hat aber auch verhindert, daß die Sowjetmacht ausreichend Instrumente für die Bewältigung von Konflikten entwickelte. Im Grunde kannte das Sowjetsystem nur zwei Wege, um mit Konflikten fertig zu werden: Sie wurden entweder durch die Vernichtung des Feindes gelöst, oder die Konflikte wurden geleugnet. Insbesondere in den Jahrzehnten nach Stalins Tod - der Despot hatte den ersten Weg vorgezogen - wurden die Konflikte innerhalb des Systems in zunehmendem Maß unter den Teppich gekehrt und damit der Bearbeitung und Auseinandersetzung entzogen. Die Ideologie hatte dafür die Begrifflichkeit entwickelt, daß es antagonistische Widersprüche innerhalb des sozialistischen Systems nicht geben könne, denn sie führten zur Revolution, die bekanntlich nur im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Formation entsteht.¹ Die russische Geschichte zeigt, daß die Konsens-Kultur zu großen Leistungen fähig ist, aber auch der Gefahr plötzlicher Zusammenbrüche unterliegt, weil der lang andauernde Prozeß der Aushöhlung des Konsenses nicht angemessen und rechtzeitig wahrgenommen wird und damit der Degeneration nicht entgegengewirkt werden kann. Die Konflikt-Kultur einer offenen Gesellschaft ist insofern überlegen. Sie hat jedoch ihre Grenzen, weil sie bei aller Liberalität in der offenen Bearbeitung von Konflikten keine Sinnstiftung bieten kann und deshalb von Fraktionierung und innerer Auflösung bedroht ist.

Konsens ist nicht genetisch programmiert, er muß gefunden und dann durchgesetzt werden. Es war oben im Abschnitt über das Zentrum der Macht bereits davon die Rede, daß die Entscheidungsprozeduren in der russischen Autokratie hinter einem dichten Schleier des Geheimnisses verborgen wurden. Bei den neuen Inhabern der Macht nach 1917 kam noch hinzu, daß sie eine Untergrund-Gruppe gewesen waren. Die Bolschewiki haben ihre Herkunft aus der Konspiration nie

¹ Allerdings sind in der Endzeit des Sowjetsystems auch vom Establishment Zweifel daran geäußert worden, daß im Sozialismus keine antagonistischen Widersprüche entstehen können: H. Dahm, Sozialistische Krisentheorie. Die sowjetische Wende - ein Trugbild, München 1987.

geleugnet und nie überwunden. Sie haben in der Geheimhaltung ein Rezept ihres Erfolges gesehen. Geheimhaltung war die Voraussetzung dafür, daß die Entscheidungsfindung an der Spitze als Konsens präsentiert werden konnte. Geheimhaltung ermöglichte plötzliche Kurswechsel und die Überrumpelung des Gegners, wie sie in einem offenen System möglich sind.

Konspiratives Verhalten hat auch zur Folge, daß man allen anderen - Gegnern und Freunden - das gleiche unterstellt, was man selbst praktiziert. So ist Rußland das klassische Land der Verschwörungstheorien. Zwar gab und gibt es in Rußland auch Verschwörungen, aber deren Zahl und Gewicht sind geringer als die der Theorien und Verdächtigungen. Sie spielen eine erhebliche Rolle bei der Rechtfertigung von Politik.

Stalin rechtfertigte die "Revolution von oben" Ende der 1920er Jahre mit der kapitalistischen Einkreisung der Sowjetunion. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg diente die Denkfigur von der imperialistischen Bedrohung durch die NATO zur Rechtfertigung kommunistischer Politik nach innen und zur Begründung für die Hegemonialpolitik in Ostmitteleuropa. Aber Stalin kreierte nicht nur die Verschwörung von außen, sondern im Inneren. Seit der Ausschaltung Trockijs 1926 ließ Stalin bis zu seinem Tod 1953 in an- und abschwellenden Wellen Verschwörungen gegen die Sowjetmacht und gegen sich selbst erfinden und aufdecken. Sie haben Millionen Menschen Elend und Tod gebracht. Aber auch Chruschëv inszenierte noch 1957 eine "Anti-Partei-Gruppe", die er dann aus der Parteiführung ausschaltete.

Verschwörungen sind so fest im Langzeitgedächtnis der Gesellschaft verankert, daß es auch heute in Rußland kaum etwas gibt, das nicht durch Verschwörungen erklärt wird. Entscheidend ist dabei nicht, daß Theorien und Verdächtigungen entstehen, sondern daß sie Glauben finden, der dann seinerseits wieder Legendenbildung anspornt. Zjuganov, Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation, ist davon überzeugt, daß sowohl der Putsch im August 1991 wie auch der im Oktober 1993 durch "Dirigenten" von außen inszeniert wurden, um die UdSSR bzw. Rußland als Weltmacht zu vernichten. Gorbaëv ebenso wie die "Demokraten" seien nur käufliche Werkzeuge der "geopolitischen Interessen von Herren jenseits des Ozeans" gewesen.¹ Dem stimmte im Prinzip auch Varennikov zu, der im August 1991 Stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR war; Gorbaëv habe im Auftrag Washingtons die UdSSR zerschlagen.²

Auch zahlreiche andere Politiker und Medien in Rußland, die nicht ausschließlich den Westen für den Untergang der UdSSR verantwortlich machen, sprechen zunehmend vom "Komplot von Belovežsk" und meinen damit, daß die Präsidenten von Rußland, der Ukraine und Weißrußland im Dezember 1991 in konspirativer Weise die Sowjetunion zerstört hätten. Auch in der Tagespolitik sind Verschwörungstheorien schnell zur Hand. Als im August 1994 mehrere hundert Gramm Plutonium-239 in einem aus Moskau kommenden Flugzeug in München sichergestellt wurden, wiesen Vertreter der russischen Regierung den Verdacht, es handele sich um atomares Material aus russischen Quellen, als "Provokation reinsten Wassers" zurück. Der ganze "Sturm im Wasserglas", so der Stellvertretende Minister für Atomenergie, Evgenij Mikerin, habe "einen rein ökonomischen Hintergrund". "Der Westen versucht, uns seine Hilfe aufzudrängen beim Bau neuer Depots, bei der Installation seines Kontrollsystems. Das bedeutet aber millionenschwere Aufträge für die

¹ G. Zjuganov, Deržava, Moskau 1994, S. 48ff, 58ff; die Zitate S. 53, 76.

² Spiegel, 15.8.1994, S. 127.

Lieferfirmen."¹ Als es im Oktober 1994 zu einem unerwarteten Kurssturz des Rubels gegenüber westlichen Währungen kam, nannte Präsident Jelzin dies das "Ergebnis von Sabotage oder äußerster Verantwortungslosigkeit und Liederlichkeit einer speziellen Gruppe von Personen, die den hemmungslosen Fall des Rubels organisierten".² Die überkommene Konsens-Kultur ist ein wesentlicher Grund dafür, daß die politischen Parteien in Rußland nicht über Anfänge hinauskommen. Auf absehbare Zeit kann nicht damit gerechnet werden, daß ein stabiles Spektrum programmatisch unterschiedlicher Parteien entsteht. Politische Organisationen, deren Raison d'être darin besteht, einander die Macht streitig zu machen, die aber dennoch nicht unversöhnliche Feinde sind und vielleicht morgen miteinander Koalitionen eingehen, stehen im Widerspruch zum politischen Langzeitgedächtnis der Gesellschaft, das auf Entweder-Oder, Freund oder Feind eingestellt ist. Politischer Instinkt hat Jelzin davon abgehalten, an die Spitze einer Partei zu treten. Die Zugehörigkeit zu einer Partei kann in Rußland heute ein Hindernis für einen Politiker sein, weil er in den Augen der Wähler als Vertreter partikularer, eben "parteilicher" Interessen erscheint, nicht aber der Interessen von Staat und Volk.

Die Konsolidierung politischer Parteien wird nicht nur durch ständige Spaltungen bedroht, sondern ebenso durch immer neue Einigungsbemühungen über die Grenzen von Organisationen und Institutionen hinweg. Oft bleibt diese Suche nach Konsens im Deklarativen stecken. So unterzeichnete Präsident Jelzin im April 1994 nach umfangreicher politischer Vorbereitungsarbeit mit einem großen Teil der politischen Gruppierungen, Interessenverbände und Regionen einen "Vertrag über die gesellschaftliche Eintracht", in dem sich die Partner unter anderem auf die Verfassung und auf Gewaltverzicht in der politischen Auseinandersetzung verpflichteten.³ In ähnlicher Weise und zur gleichen Zeit schloß sich die kommunistisch-restaurative Opposition zur "Eintracht im Namen Rußlands" zusammen. Hier wird ein tiefes Mißtrauen sichtbar, daß politische Parteien, Wahlen und ein demokratisch-parlamentarisches Institutionengefüge in Rußland nicht möglich sind, und daß statt dessen eine "vertragliche Demokratie"⁴, eine Art Sobornost' in der Politik angestrebt werden muß.

Konsens und Sobornost' sind Ideale, die niemals vollständig haben verwirklicht werden können, die aber doch Rußland zu bestimmten Zeiten und in bestimmtem Rahmen große Geschlossenheit und Kraft verliehen haben. Diese Ideale haben andererseits dazu beigetragen, daß die realen Konflikte zu Spaltungen (raskol) und unüberbrückbaren Gräben in der Gesellschaft und dem Staat geführt haben. Seit dem 16. Jahrhundert ist die Geschichte Rußlands auch die Geschichte der Ausgrenzungen und der Kommunikationslosigkeit innerhalb des Landes. Dabei handelte es sich keineswegs um Randgruppen. Seit den 1650er Jahren weigerte sich ein erheblicher Teil der Bevölkerung, den von oben verordneten kirchlichen Reformen zu folgen. Die Altgläubigen wurden aus Staat und Gesellschaft ausgesperrt und traten selbst aus. Der von Gott eingesetzte Zar wurde für manche Altgläubigen-Gruppen jetzt der Antichrist, dem man keinen Gehorsam schuldet, ja gegen den Widerstand geboten war.

¹ Literaturnaja gazeta, 17.8.1994, S. 9.

² FAZ, 13.10.1994, S. 1.

³ Dogovor ob obščestvennom soglasii, in: Izvestija, 30.4.1994.

⁴ A. Cipko, in: Nezavisimaja gazeta, 5.6.1994, S. 5.

Die tiefgreifendste und folgenreichste Spaltung der russischen Gesellschaft entstand mit den Reformen Peters I. Die Europäisierung Rußlands und die Einbeziehung Rußlands nach Europa, die seit Peter dem Großen unwiderstehlich den Gang der Geschichte bestimmten, haben bis zum Ende des Kaiserreichs die russischen Unterschichten kaum erreicht. Das bäuerliche Rußland blieb bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in seiner traditionellen, kleinräumigen Welt fast unberührt vom zivilisatorisch-technischen Fortschritt, von Klassenkämpfen, Nationsbildung und Verstädterung. So wurden die Revolutionäre von 1917 Herren über zwei verschiedene Rußland. Das städtische, halbwegs europäisierte Rußland unterwarfen sie sich im Bürgerkrieg, daß bäuerliche zehn Jahre später durch die Kollektivierung.

Realität und Bewußtsein der Spaltung wirken bis heute nach, sie bestimmen den politischen Diskurs. Manche Politiker und Publizisten instrumentalisieren die Angst vor einer gespaltenen Gesellschaft und zeichnen das apokalyptische Bild einer Gesellschaft, die sich selbst durch Spaltung und Bürgerkrieg in den Abgrund stürzt. Alle fordern das Publikum auf, angesichts der Spaltung auf die jeweils eigene Seite zu treten, damit die Spaltung durch einen neuen Konsens überwunden wird. Aber einen demokratischen Grundkonsens gibt es bis heute nicht, der den Status quo anerkennt, wie er seit 1991 entstanden ist, demokratische Wahlen für das einzige zulässige Mittel der Legitimitätsbeschaffung hält und Gewalt bei der Austragung politischer Gegensätze ablehnt.

Gegenwärtig ist die russische Gesellschaft von tiefen Konflikten zerrissen, hat aber kaum Instrumente zur offenen Austragung von Konflikten entwickelt. Die politische Sprache ist von Ausfälligkeiten, unverantwortlichen Übertreibungen und Haßausbrüchen gekennzeichnet, der politische Gegner wird zum Feind. Nach Stanislav Govoruchin, National-Patriot, Filmemacher und Duma-Abgeordneter, steht heute die Sverdlovsker Mafia an der Spitze Rußlands, geführt von Jelzin. Sie gehören vor Gericht. Am 4. Oktober 1993, so schreibt er in seinem Buch "Die große kriminelle Revolution" "siegte der kriminell-mafiose Staat".¹ Der gleichnamige Film wurde mit Unterstützung der Ministerien für Staatssicherheit, Inneres und des Amtes für Auslandsaufklärung gedreht. "Würmer" nannte Chasbulatov, bis zum Oktober 1993 Vorsitzender des Obersten Sowjet der RF, Abgeordnete, die ihm widersprachen; und Außenminister Kosyrev titulierte die Gegner der "Partnerschaft für den Frieden" in der Duma im Sommer 1994 "Bastarde".²

Die Drohung, daß die Politik der anderen Seite Rußland in den Abgrund, Hungersnot und Bürgerkrieg führt, gehört seit Jahren zur Standard-Rhetorik. Sie wird inzwischen auch auf unteren Ebenen kopiert. So orakelte Mavrodi, Chef der vom Zusammenbruch bedrohten Investmentgesellschaft MMM: "Er könne nicht voraussagen, welcher Art des Widerstands die dann ausgeplünderten Bürger wählen: die Revolution oder den Bürgerkrieg."³ Ginge es nur um die Verwilderung der politischen Sprache, brauchte man den Ausbrüchen von Haß und Groteske nicht so große Aufmerksamkeit zu schenken. Sie sind gefährlich, weil sie ein ungeeigneter Ersatz für die fehlenden Institutionen zur Austragung von Konflikten sind.

¹ S. Govoruchin, Velikaja kriminal'naja revoljucija, Moskau 1993, das Zitat S. 119.

² A. Graëv, Prilagatel'naja demokratija, in: Moskovskie novosti, 7.8.1994, S. 6.

³ FAZ, 28.6.1994, S. 11.

Personen und Institutionen

In der politischen Kultur spielten Führungspersönlichkeiten die zentrale, Institutionen dagegen eine periphere Rolle. Im Zentrum der Macht stand stets eine Person. Dieser Grundzug der politischen Kultur erwies sich als erstaunlich stabil über den Wechsel der Institutionen hinweg: vom Zartum/Kaisertum zum bolschewistischen Führerprinzip und zur demokratischen Präsidialherrschaft. Die Personenbezogenheit durchdrang das gesamte politische System und bestimmte in hohem Maß auch die Lebensverhältnisse der Vielen. Die Loyalität der bäuerlichen Grundbevölkerung - soweit sie über den örtlichen Rahmen hinausreichte - bezog sich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf die Person des Zaren, nicht aber auf die Institutionen des Reiches. Die Bolschewiki gingen von dieser Erfahrung aus und richteten ihre Selbstdarstellung und Loyalitätsforderung stets auf den jeweiligen Führer aus. Die russische Tradition erlaubte ihnen eine vage und wechselnde institutionelle Ausgestaltung des Führeramtes: Es kam auf die tatsächliche Macht, nicht auf die Institutionen an, bei der die Macht angesiedelt war. Lenin war Vorsitzender des Rates der Volkskommissare. Das Amt des Generalsekretärs der bolschewistischen Partei spielte zunächst eine untergeordnete Rolle. Stalin machte es dann zum zentralen Institut seines Aufstiegs und seiner Diktatur, benutzte aber nach 1934 den Titel Generalsekretär nicht mehr. Nach seinem Tod wurde diese Funktion - zunächst mit der Bezeichnung Erster Sekretär, dann seit 1966 Generalsekretär - wieder eindeutig die wichtigste. Der Chef der Regierung (der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR) war dem Generalsekretär der KPdSU untergeordnet. Gorbachev schuf kurz vor dem Ende des Sowjetsystems das Präsidentenamt als zentrale Institution für den Führer.

Die realen Machtverhältnisse wurden eher informell und personenbezogen geregelt als aufgrund formalisierter bürokratischer Prozeduren. Die Spielregeln bildeten sich gewohnheitsrechtlich heraus; Nachprüfbarkeit auf dem Rechtsweg war nicht vorgesehen. Zu den festen Elementen der Regierung und Verwaltung des kaiserlichen Rußland gehörte die Patron-Klientel-Beziehung, die es dem Patron erlaubte, sich ein Netzwerk von ergebenen und von ihm abhängigen Funktionsträgern aufzubauen. So wie der Staat insgesamt die Klientel des Zaren und Kaisers war, bildeten sich innerhalb dieser Pyramide vielgestaltige Patron-Klientel-Verhältnisse heraus, die informell und nicht identisch mit der formellen Gliederung der Gesellschaft nach Ständen waren.

Die Bolschewiki haben die De-Institutionalisierung dann auf ungeahnte Höhen geführt. Von Mitte der 1930er Jahre bis zu Stalins Tod war die politische Polizei das zentrale Instrument zur Exekution der Diktatur. Undurchschaubarkeit, Willkür und Unberechenbarkeit waren konstitutive Merkmale des NKWD. Davor und danach war der Apparat der KPdSU der reale Machtarm der Führung. Kein Gesetz legte die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten dieses Apparates fest. Er war für alles zuständig, konnte aber für nichts juristisch verantwortlich gemacht werden. Die KPdSU hatte sich den Staat unterworfen, ihr Führer war Inhaber der Macht, aber es gab kein Gesetz über die KPdSU, geschweige denn den Generalsekretär und seine Vollmachten. Auch das NKWD und seine Nachfolgeorganisationen sowie die Rote Armee bzw. Sowjetarmee existierten ohne gesetzliche Grundlagen. Informelle Patron-Klientel-Verhältnisse übten die Funktionen einer festen Prozeduren unterworfenen Bürokratie aus. Vetternwirtschaft und Korruption waren nicht nur die unvermeidlichen Konsequenzen, sondern auch ein Stabilitätsfaktor.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß sich nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems eine institutionelle Tabula rasa darbietet. Es gibt weder politische Parteien noch Gewerkschaften noch Arbeitgeberverbände. Es existiert weder eine Regierungskoalition noch eine parlamentarische Opposition. Zwar führen zahlreiche Institutionen diese Namen, aber ihrem Selbstverständnis und ihrer Stellung im politischen System nach unterscheiden sie sich grundlegend von den entsprechenden Institutionen in westlichen parlamentarisch-demokratischen Systemen. Gerade angesichts der institutionellen Tabula rasa besteht um so mehr Veranlassung, auf die alten und bewährten Klientel-Beziehungen zurückzugreifen, um ein Minimum an Stabilität durchzusetzen. Der Kampf um die Macht wird nicht so sehr um die Besetzung von bestimmten Positionen in festgefühten Institutionen geführt. Die Institutionen sind vielmehr das Mittel, sie werden als Hebel benutzt, um Personen und ihre Seilschaften mit Macht und Einfluß auszustatten. Die Institutionen befinden sich in einem halbfesten, formbaren Zustand und dienen bestimmten Seilschaften und den hinter ihnen stehenden Interessen als Leiter zur Durchsetzung ihrer Ziele. Berücksichtigt man außerdem das oben besprochene Konsens-Bedürfnis, so erklären sich manche Besonderheiten in der heutigen russischen Staatsführung.

Präsident Jelzin und Ministerpräsident Èernomyrdin - beide gehören keiner Partei an - haben keine Koalitionsregierung gebildet, der etwa eine parlamentarische Opposition gegenüberstände. Vielmehr sind in der Regierung Personen aus vielen politischen Lagern vertreten bis hin zu den Agrariern und Kommunisten, deren politisches Profil einander sehr ähnlich ist. Ebenso agieren als Gegner der Regierung und des Präsidenten in der Staatsduma und in den Medien Personen aus den gleichen Gruppierungen. Gajdar, Führer der größten Dumafraktion Rußlands Wahl schied nach der Wahlniederlage der antikommunistischen Parteien im Dezember 1993 aus der Regierung aus. Dagegen blieben Kosyrev als Außenminister und Èubais als der für die Privatisierung zuständige Minister und seit November 1994 Erster Stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung - beide gehörten ebenfalls zur Fraktion Rußlands Wahl. Kosyrev trat im Dezember 1994 aus Partei und Fraktion aus, weil Rußlands Wahl sich massiv vom Krieg in Tschetschenien distanzierte.

Im Mai 1994 trat Nikolaj Travkin, Vorsitzender der Demokratischen Partei Rußlands als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung ein. Er war einer der schärfsten Kritiker von Jelzins Reformmannschaft und Reformpolitik in den Jahren 1991 und 1992 gewesen. Die Übernahme eines Regierungsamtes führte zur Spaltung der Fraktion der Demokratischen Partei Rußlands in der Duma. Ende Oktober 1994 ernannte Jelzin den Agrarier Nazarèuk, Interessenvertreter der subventionssüchtigen Kolchos-Sovchos-Direkorenschaft zum Landwirtschaftsminister und im Januar 1995 den Kommunisten Valentin Kovalev (nicht zu verwechseln mit dem Menschenrechtler Sergej Kovalev) zum Justizminister.¹

Der ebenfalls aus der Agrarier-Fraktion kommende Vorsitzende der Duma, Ivan Rybkin, wurde 1994 zu einer wichtigen Stütze der Regierung und des Präsidenten.² Dies ist eine Umkehrung der Verhältnisse gegenüber der Zeit zwischen August 1991 und September 1993, als der damalige Vorsitzende des Obersten Sowjet, Ruslan Chasbulatov, sich aus einem von Jelzin abhängigen Weggefährten zu seinem erbitterten Gegner wandelte.

¹ Moskovskie novosti, 8.5.1994, S. A1, A3; Neue Zürcher Zeitung, 1.11.1994.

² I. Rybkin, Zadaèa Dumy - pomogat' pravitel'stvu, in: Rossijskaja gazeta, 10.9.1994.

In der Duma gibt es weder einen eindeutigen Pro-Präsidenten-Block noch einen Block der Opposition. Das zeigte sich z.B. bei den Abstimmungen über den Haushalt 1994. Bei der ersten und zweiten Lesung am 11. Mai und 8. Juni 1994 stimmten die Kommunisten, Agrarier, "Frauen Rußlands" und die Partei Žirinovskijs überwiegend für, die antikommunistischen Fraktionen Rußlands Wahl, die Partei Javlinskijs und Neue Regionale Politik gegen den Entwurf. Bei der dritten Lesung des weitgehend unveränderten Haushaltsgesetzes am 24. Juni kehrten sich die Fronten der Befürworter und Gegner in erheblichem Maße um: Rußlands Wahl trat jetzt überwiegend für den Haushalt ein, die Partei Žirinovskijs stimmte dagegen. In allen Fällen votierte das Parlament mehrheitlich für den Haushalt 1994.¹ Diese für die heutige Situation typischen Beispiele zeigen, daß es kein funktionierendes Gefüge von Institutionen gibt und daß politische Positionen wohlfeil und rasch veränderbar sind.

Die politischen Parteien haben nur ein begrenztes Gewicht; ihre Fraktionen in der Duma stimmen selten geschlossen ab. In vielen Fraktionen gibt es außerdem parteilose Mitglieder. Manche Fraktionen der Duma (Bund des 12. Dezember; Neue Regionale Politik) sind überhaupt nicht aus politischen Parteien hervorgegangen; es handelt sich um lose Zusammenschlüsse parteiloser Abgeordneter. Im Föderationsrat - der Kammer des Parlaments, in der die Subjekte der Föderation mit je zwei Abgeordneten vertreten sind - gehörten Anfang 1994 von 171 Abgeordneten nur 24 politischen Parteien an.² Im Föderationsrat saßen im wesentlichen die Spitzen der Exekutive und Legislative aus den Gebieten und Republiken. Manche politische Parteien sind von einer oder wenigen Personen gegründet worden und stellen deren Klientel dar (Liberaldemokratische Partei - Žirinovskij; Demokratische Partei Rußlands - Travkin; Jabloko-Javlinskij, Boldyrev, Lukin; Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht - Šachraj); sie sind ohne ihre Führer nicht aktionsfähig.

Auch andere Institutionen, die in westlichen Systemen eine zentrale Rolle bei der Interessenaggregation und Vertretung spielen, wie Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände, gibt es in Rußland nicht, bzw. sie nehmen andere Funktionen wahr. Arbeitnehmer und Arbeitgeber bzw. Betriebsdirektoren stehen sich in der Regel nicht als Kontrahenten gegenüber, sondern treten als Repräsentanten der staatlichen oder halbstaatlichen Industrie und Landwirtschaft mit ihren Forderungen gemeinsam gegen die staatliche Bürokratie auf. Die im Sommer 1992 gegründete Bürger-Union, in deren Zentrum die Rußländische Union der Industriellen und Unternehmer stand, wurde aktiv von der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Rußlands - dem ehemaligen kommunistischen Gewerkschaftsverband - unterstützt. Allerdings erfüllten sich die Erwartungen der Bürger-Union nicht, schon bald die Regierung Rußlands zu übernehmen.³

Mißtrauen und Ablehnung des westlichen parlamentarischen Institutionengefüges sprechen aus einem Vorschlag des Vorsitzenden der Föderation der Warenproduzenten Rußlands, Jurij Skokov, der als ein führender politischer Kopf gilt. Vier Partner - 1. die Vereinigungen der Oberhäupter der Republiken und Regionen; 2. die Föderation der Warenproduzenten; 3. die Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften und 4. die Regierung - sollten über alle wesentlichen Fragen der

¹ Izvestija, 16.6. und 25.6.1994.

² E. Schneider, Die russischen Parlamentswahlen 1993 und die neue Verfassung, Berichte des BIOst, 15/ 1994, S. 17.

³ E. Teague, Organized labor in Russia in 1992, in: RFL/RL Research Report, II, 5/1993, 29.1.1993, S. 38-41.

inneren Politik "Absprachen" treffen. Diese Absprachen würden danach in Dekrete des Präsidenten und Gesetze des Parlaments "einschließlich des Haushaltsgesetzes" umgesetzt. Legislative und Exekutive werden also zu Erfüllungsgehilfen einer höheren Einung und eines überlegenen Konsens abgewertet.¹

Wenn schon die Teilung der Macht in Legislative und Exekutive auf Widerstand trifft, dann läßt sich die Akzeptanz einer unabhängigen Justiz und damit die Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit um so weniger aus dem historischen Langzeitgedächtnis der Gesellschaft ableiten. Denn der Rechtsstaat ist die Möglichkeit, die Machtausübung durch Personen mit Hilfe der Gesetze und Prozeduren zu korrigieren. Justiz und Verwaltung wurden im Rußländischen Reich erst spät, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, voneinander getrennt; auch danach blieb diese Trennung unvollständig. Zwar erhielt Rußland 1864 eine liberale und auch im Vergleich zu Westeuropa moderne Gerichtsverfassung, aber bis 1917 wurde kein moderner und systematisierter Zivil- und Straf-Kodex eingeführt. Die Bauern - d.h. die große Masse der Bevölkerung - genossen auch nach 1864 keine Gleichheit vor dem Gesetz. Im kaiserlichen Rußland übten "nicht Institutionen, sondern Menschen" die Macht aus.²

Deshalb war es für die Bolschewiki leicht, die Ansätze von Rechtsstaatlichkeit nicht nur faktisch zu beseitigen, sondern auch theoretisch durch die Ideologie vom Recht als Instrument im Klassenkampf zu ersetzen. In der Stalinzeit konnte man sich gar nicht auf Gesetz und Recht berufen, es gab sie nicht. Seit den 1960er Jahren begannen dann die Dissidenten und Bürgerrechtler, die Einhaltung der sozialistischen Gesetze einzufordern und leisteten damit einen Beitrag zum Untergang des Sowjetsystems. Aber bis heute ist das Bewußtsein von einer unabhängigen und übergeordneten Sphäre des Rechts in der politischen Klasse und der Gesellschaft insgesamt nur schwach entwickelt. Weit verbreitet ist dagegen die teils bewußte, teils unbewußte Einstellung, daß die Politik dem Recht übergeordnet ist; dies gilt für Handelnde und Betroffene gleichermaßen. Recht einzufordern, sich an die Gerichte zu wenden, gilt in weiten Teilen der Gesellschaft als Zeichen mangelnder Kultur und schlechter Erziehung.

In der internationalen Politik hat das mangelnde Rechtsbewußtsein auch "positive" Folgen. Es fällt der russischen Regierung nicht schwer, Usurpatoren, Putschisten und Rebellen als Verhandlungspartner anzuerkennen, z.B. die Rebellen in Süd-Ossetien, Vertreter der Dnestr-Republik oder die widerspenstige Regierung von Tatarstan in den Jahren 1991 und 1992. Demgegenüber hat sich z.B. Israel jahrzehntelang geweigert, mit der PLO zu sprechen. Die Nichtanerkennung der DDR durch den Westen (Hallstein-Doktrin) erschien der sowjetischen Mentalität als Provokation, ja als indirekte Kriegsdrohung. Die Ersetzung des Rechts durch den Fakt fiel leicht.

Die Verfügbarkeit des Rechts durch die Politik ist gegenwärtig vielfach zu spüren. Sie reicht von der offenen Mißachtung der Verfassung bis zur weitverbreiteten Steuerhinterziehung und Korruption. Im Mai 1994 unterzeichnete der Präsident das Gesetz über den Status der Parlamentsabgeordneten und stellte zugleich fest, es sei in wesentlichen Teilen verfassungswidrig, denn die Abgeordneten hatten sich hier großzügig Rechte und Privilegien zuerkannt, die so in der Verfassung nicht vorgesehen waren. Grund für diesen "Kompromiß" mit der Verfassung: Der Präsident wollte eine Konfrontation

¹ Ju. Skokov, K političeskoj stabil'nosti èerez social'noe partnerstvo, in: Nezavisimaja gazeta, 6.10.1994.

² Raeff, Understanding imperial Russia, S. 82.

mit dem Parlament vermeiden und ein Zeichen für einen Kurs der Eintracht und des Konsens setzen.¹

Im Juni 1994 trat ein Ukaz des Präsidenten über Maßnahmen zur verschärften Bekämpfung des organisierten Verbrechens in Kraft, der eine Inhaftierung Verdächtiger bis zu 30 Tagen ohne richterlichen Haftbefehl vorsah, sowie den Polizei- und Justizorganen zahlreiche weitere außerordentliche Vollmachten übertrug und Eingriffsrechte in die Privatsphäre einräumte, die im Widerspruch zur Verfassung und zu internationalen Menschenrechtskonventionen standen. Wegen der Angst der Menschen vor einer weiteren Kriminalisierung des Alltags, der Wirtschaft und der Politik konnte Jelzin von einer breiten Zustimmung in der Bevölkerung ausgehen, obwohl führende Politiker des demokratischen Lagers den Ukaz öffentlich scharf kritisierten. Als tatsächliche "Gesetzgeber" standen hinter diesem Dekret das Innenministerium, d.h. die Polizeibehörden, die Generalstaatsanwaltschaft und der Abwehrdienst der Rußländischen Föderation (FSK). "Der Ukaz des Präsidenten ist meiner Ansicht nach gesetzwidrig, aber richtig", so brachte der Gouverneur von Nižnij Novgorod, Boris Nemcov, den Jelzin als einen möglichen zukünftigen Präsidenten Rußlands bezeichnet hat, das Rechtsbewußtsein auf den Punkt.²

So bleibt angesichts der Schwäche der Institutionen und des labilen Rechtsbewußtseins in traditioneller Weise die Hoffnung auf Personen. Das zeigt sich im Wahlverhalten. Zwei Kategorien von Kandidaten haben bei Wahlen große Erfolgchancen: Inhaber von Führungspositionen in der Bürokratie und Wirtschaft sowie deren Gegenpole, d.h. demagogisch-charismatische Persönlichkeiten aus dem Nichts. Dies ist ein weiterer Ausdruck der Gespaltenheit (raskol) der russischen Gesellschaft. Die größte Gruppe von Abgeordneten im Föderationsrat stellen die Leiter der Verwaltungen. Von 66 Gouverneuren bzw. Leitern der regionalen Exekutive, die kandidierten, wurden im Dezember 1993 59 in den Föderationsrat gewählt, hinzu kamen weitere 23 Leiter von Administrationen auf den Ebenen unterhalb der Gebiete bzw. Republiken. In ähnlicher Weise nehmen die Leiter von Administrationen in den 1994 gewählten Regionalparlamenten und den örtlichen gewählten Vertretungen eine beherrschende Stellung ein. Die Legislative auf der unteren und mittleren Ebene wird also in erheblichem Umfang von Führungspersönlichkeiten aus der Exekutive bestimmt.

Nach den Administratoren waren die Betriebsdirektoren die erfolgreichsten Kandidaten bei den regionalen und örtlichen Wahlen; sie stellen bis zu einem Drittel der Abgeordneten in den Gebiets- und Republikparlamenten. Soweit Ärzte als Klinikdirektoren bereit waren, für ein Mandat zu kandidieren, wurden auch sie fast durchgängig gewählt. Dies zeigt die paternalistische Grundeinstellung. Die Wähler setzen ihre Hoffnungen auf jene, die Macht oder Ansehen haben. Deren politische Affiliation spielt dabei in der Regel keine Rolle. Bei den regionalen und lokalen Wahlen hatten die politischen Parteien aller Couleur im großen und ganzen keine Chance.³

Neben den "bewährten" Mächtigen und Vertrauenspersonen werden auch Demagogen aus dem Nichts durch die Wähler in die Verantwortung berufen. Das bekannteste Beispiel ist Žirinovskij,

¹ Izvestija, 12.5.1994.

² Izvestija, 15.6.1994 (Wortlaut des Ukaz); Moskovskie novosti, 26.6.1994, S. A6; Literaturnaja gazeta, 3.8. 1994, S. 10 (Zitat von Nemcov).

³ V. Gel'man, Novoja mestnaja politika, ungedrucktes Manuskript des Institut gumanitarno-političeskich issledovanij, Moskau, Mai 1994, 30 Seiten.

dessen Partei seit Dezember 1993 mit 14 Prozent der Abgeordneten einer der größten Fraktionen in der Duma stellt. Bei einer Duma-Nachwahl im Oktober 1994 in Mytišëi bei Moskau siegte Sergej Mavrodi, Präsident der Investmentgesellschaft MMM, der wegen des Verdachts auf betrügerische Finanzmanipulationen in Untersuchungshaft saß.¹ Den bisher größten Erfolg eines Kandidaten aus dem Nichts errang im Juli 1994 Alexander Lukašenka, der ohne eine Partei, eine Organisation, ohne die Medien, Geld oder ein Programm in Weißrußland zum Präsidenten gewählt wurde. Die Strukturlosigkeit der politischen Landschaft ist in Weißrußland noch stärker ausgeprägt als in Rußland, aber auch hier haben politische Rattenfänger eine große Chance, weil Personalisierung und Institutionenschwäche die politische Mentalität prägen.

Sind die Russen eine Nation?

Diese Frage mag auf dem ersten Blick merkwürdig erscheinen, sind doch die Russen das größte Volk Europas mit einer eigenständigen Kultur, vollständigen Sozialstruktur und einem Staat, der schon im 17. Jahrhundert ebenso wie heute nach dem Zerfall der Sowjetunion der größte und bevölkerungsreichste in Europa war und ist. Dennoch ist diese Frage sowohl im historischen wie im zeitgenössischen Kontext gerechtfertigt. Gerade wegen der Größe des Territoriums ist die russische Nation im europäischen Vergleich eine verspätete Nation, und wegen des historischen Erbes ist bis heute im Lande selbst umstritten, ob die Russen eine Nation sind oder sich zu einer Nation wandeln sollten. Die Ambivalenz gegenüber dem Russentum und der Ethnizität generell ist ein charakteristischer Zug der politischen Mentalität.

Der Moskauer Staat war spätestens seit Mitte des 16. Jahrhunderts multiethnisch und expansiv. Die Staatsziele waren Reichsbildung und Integration der Völker. Russische Kultur, Religion und historische Identität hatten ein selbstverständliches und bestimmendes Gewicht. Die Zugehörigkeit zum russischen Ethnos war jedoch keine Voraussetzung für den Aufstieg in die Eliten. Der russische Staat hielt bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts "an seiner vernationalen Integrationsideologie fest".² Die kaiserliche Autokratie sah im russischen Nationalismus, der seit den 1860er Jahren entstand, zunächst und durchaus zu Recht eine Bedrohung für den Fortbestand des Reiches, verfiel jedoch in den letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg der Versuchung, den russischen Nationalismus als Ersatz für die nicht gewährte politische Beteiligung der Gesellschaft an der Macht zu instrumentalisieren. Eine Privilegierung des russischen Volkes insgesamt gab es weder vor noch nach 1917, im Gegenteil "das state-building wurde zu Lasten des nation-building vollzogen".³

Die Landbevölkerung war auch am Ende des Zarenreiches nicht zu einem Teil einer modernen russischen Nation geworden. Ihre Identität und Loyalität beschränkten sich auf den dörflichen Kirchturm und den Zaren. Das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Nation oder zum Staat fehlte. Die "Bürokratie behandelte die eigene Bevölkerung so wie die europäischen Mächte ihre

¹ Izvestija, 1.11.1994.

² A. Kappeler, Bemerkungen zur Nationsbildung der Russen, in: Die Russen. Ihr Nationalbewußtsein in Geschichte und Gegenwart. Hrsg. A. Kappeler, Köln 1990, S. 25.

³ G. Hosking, Russischer Nationalismus vor 1914 und heute, in: Ebd., S. 170.

Kolonialbevölkerung".¹ In den Schulen und in der Armee spielte national-russische Erziehung um 1900 - ganz anders als in Westeuropa - keine Rolle. Die Bauern als Soldaten im Ersten Weltkrieg waren nicht patriotisch motiviert.

Die russische Intelligenz beschäftigte sich in den Jahrzehnten vor 1917 mit der Vorbereitung der Revolution. Während die Intelligenz der Völker Europas in der Regel in diesen Jahrzehnten eine zentrale Rolle bei der Nationsbildung spielte, verzehrte sich die russische Intelligenz im Kampf gegen die zarische Autokratie und für die eigene, sozialistische Machtergreifung. Die nationale Idee wurde den politischen Reaktionären überlassen. Ein liberal-demokratischer russischer Nationalismus blieb unterentwickelt und hat auch heute Schwierigkeiten, sich gegen das Vorurteil durchzusetzen, die nationale Idee sei antidemokratisch. Wichtige Schichten des russischen Sozialkörpers wurden also vor dem Ersten Weltkrieg nicht in die moderne Nationsbildung einbezogen. Darüber hinaus blieben auch die Grenzen nach außen offen: Waren Ukrainer und Weißrussen Teile der großrussischen Nation oder bildeten sie eigene Nationen?

Die Ambivalenz gegenüber der russischen Nation wurde zu einem konstitutiven Element der sowjetischen politischen Mentalität. Einerseits leugnete die Klassenideologie generell die selbständige Bedeutung der Nationen im Sozialismus und stellte alle Nationen in ihrer Bedeutungslosigkeit gleich. Auf der anderen Seite wurde die Sowjetunion überproportional von Russen regiert, die russische Nation galt als der "ältere Bruder". Russische Sprache, Kultur und Wesensart waren nicht nur de facto wesentliche Klammern des wiedererrichteten Rußländischen Reiches, das jetzt Sowjetunion hieß, sie wurden auch ideologisch überhöht. Alle anderen Sprachen und Kulturen standen demgegenüber auf einer niedrigeren Entwicklungsstufe, nur über das Medium des Russischen mit der übrigen Welt verbunden. Die seit den 1960er Jahren entfaltete Ideologie vom "Sowjetvolk als einer neuen historischen Menschengemeinschaft" war der letzte Versuch, eine Reichsideologie zu schaffen. Hinter dieser Denkfigur verbarg sich die Rechtfertigung dafür, daß die Russen und das Russische die Sowjetunion beherrschten.² Assimilation an das Russentum war in hohem Maße vorteilhaft; eine Assimilation von Russen an andere Volkstümer gab es nicht. Allerdings wurden auch in sowjetischer Zeit niemals alle Bürger der Sowjetunion zu Angehörigen der russischen Nation erklärt; der Begriff "sowjetische Nation" wurde offiziell abgelehnt.

Für die Russen blieb die Grunderfahrung erhalten: Sie identifizierten sich zuerst mit dem Staat, mit dem Territorium, nicht mit der russischen Nation. Das russische nationale Bewußtsein, das in sowjetischer Zeit auch in jene sozialen Schichten vordrang, die vor 1917 kaum davon erfaßt worden waren, reichte stets über das Siedlungsgebiet der Russen und des russischen Ethnos hinaus; es war ein Staats- oder Reichsbewußtsein. Seit 1991 ist es ohne Staat und Reich.

Diese traumatische Erfahrung, die in scharfem Kontrast zum historischen Langzeitgedächtnis steht, kann erklären helfen, warum die Wiedererrichtung oder die Befestigung der russischen Staatlichkeit für die Eliten, aber auch große Segmente der Gesellschaft, die höchste Priorität hat. "Seit dem Zerfall der UdSSR ist die zentrale Frage der russischen Politik die Formierung der Staatlichkeit", die Wiederherstellung der "Autorität staatlicher Macht".³ Konsens besteht darüber, daß Rußland auch in Zukunft eine Großmacht (*velikaja deržava*) sein muß. Umstritten ist, wie groß diese Macht sein soll,

¹ Pipes, Russian revolution, S. 56.

² G. Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 356-369.

d.h. wo die geographischen und politischen Grenzen Rußlands liegen sollen und welche Rolle die russische Nation im Staat der Zukunft übernehmen soll. Rußland ist zum ersten Mal in der Neuzeit mit einer solchen Identitätskrise konfrontiert, deren Bewältigung lange Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Das historische Gedächtnis ist davon geprägt, daß der Staat größer ist als das Wohngebiet der Russen und daß sie in diesem Staat unumstritten das führende Ethnos sind. Seit 1991 haben sich diese Verhältnisse umgekehrt: Die Rußländische Föderation ist kleiner als das Wohngebiet der Russen; 25 Millionen leben in den benachbarten Nachfolgestaaten der UdSSR. Dieser objektive Tatbestand bestärkt die politische Mentalität in der Einstellung, daß Rußland kein Staat wie jeder andere ist. So wie er früher ein multiethnisches Imperium war, so kann er jetzt wegen der Millionen ethnischer Russen außerhalb der Grenzen und wegen seiner jahrhundertealten Reichstradition sich selbst nicht wie einen üblichen europäischen Nationalstaat wahrnehmen.

Das Anderssein der Russen ist seit der slavophilen Tradition des 19. Jahrhunderts geistesgeschichtlich thematisiert worden, wobei die Besonderheit in der Regel als Privileg bis hin zur missionarischen Berufung gegenüber dem dekadenten Westen begriffen wurde. Die kommunistische weltrevolutionäre Ideologie konnte auch hier die vorhandene Form nutzen und sie mit einem anderen Inhalt füllen. Ein Teil der antikommunistischen Intelligenz versöhnte sich in den 1920er Jahren mit den siegreichen Bolschewiki, weil sie die russische Staatlichkeit wieder aufgerichtet hatten und den missionarischen Impetus wieder aufnahmen. Die sogenannten Eurasier lehnten den russischen Nationalismus und die russische Nation ab, weil sie etwas Gewöhnliches seien. Das Streben nach eigener Staatlichkeit im Kreise der Staatsvölker, danach "so zu sein, wie die anderen", käme für die Russen nicht in Frage, schrieb N.S. Trubeckoj. Eigenheit und Aufgabe der Russen sei es, eine "besondere Nation, bestehend aus vielen Völkern" zu schaffen, die früher das Russländische Reich und später die Sowjetunion bildeten.¹

Der hier verwendete Nationsbegriff meint in der Tendenz die Gesamtheit der Staatsbürger, nähert sich also dem amerikanischen Nationsbegriff, der aber eine gänzlich andere Wirklichkeit bezeichnet. Auch nach dem Ende der Sowjetunion steht in den politischen Wertvorstellungen nicht die Sorge um die russische Nation im Zentrum, sondern um den Staat. Valerij Tiškov, der 1992 Minister für nationale Fragen war, lehnt eine ethnisch begründete Nation prinzipiell ab und fordert statt dessen eine politisch begründete multiethnische "rußländische Nation"; "die russische Nation ist ein Mythos".² Dies ist kein Spiel mit Worten und Begriffen, sondern Ausdruck einer auf den Staat und nicht auf die Nation bezogenen politischen Kultur.

Die russische Nation erscheint nicht als ausreichend für die Staatsbildung und die Stiftung einer Identität: "Rußland als Staat der ethnischen Russen hat keine Perspektive", heißt es bei Alexander Ruckoj, bis zum September 1993 Vizepräsident und einer der Wortführer der Restauration.³

³ A.G. Zdravomyslov, Nacional'no-tniëskie konflikty i formirovanie rossijskoj gosudarstvennosti, in: Analiz i prognoz mežnacional'nych konfliktov v Rossii i SNG. Ežegodnik RNI SiNP 1994, S. 6.

¹ Rossija meždu Evropoj i Aziej: Evrazijskij soblazn. Antologija. Hrsg. L.I. Novikova/I.N. Sizemskaja, Moskau 1993, S. 15ff (das Zitat von Trubeckoj S. 16).

² V.A. Tiškov, Nacija: teorija i političeskaja praktika, in: Vzaimodejstvie političeskich i nacional'no-tniëskich konfliktov. Hrsg. RNI SiNP, Moskau 1994, S. 60ff (das Zitat S. 68).

Die gleiche Grundeinstellung vertrat das konservative, monarchistische Lager vor 100 Jahren, das fürchtete, die damals neuen Nationalismen würden das Rußländische Reich sprengen. Wenn Rußland überhaupt überleben könne, schrieb Michail Katkov 1882, dann nur "auf der Grundlage einer einzigen Staatsnationalität, daß die russische Nationalität kein ethnographischer, sondern ein politischer Begriff" ist.¹ Allerdings ging diese politische Mentalität vor 100 Jahren ebenso wie heute mit Selbstverständlichkeit davon aus, daß die "Rußländische Nation" kulturell russisch geprägt ist. Darin liegt die Zweideutigkeit und Unaufrichtigkeit einer Argumentation, die sich scheinbar vom Russozentrismus lossagt, russische Sprache und Kultur jedoch für alle Staatsbürger als verbindlich ansieht.

Die Leugnung des Faktors Ethnos/Nation als einer politischen Grundgegebenheit im 20. Jahrhundert war ein Wegbereiter für den im Dezember 1994 ausgebrochenen Tschetschenien-Krieg. Diejenigen, die dem Ethnos - sei es dem russischen, sei es dem tschetschenischen - grundsätzlich das Recht zur politischen Gestaltung absprechen, sind auf blutige Weise eines Besseren belehrt worden. Eine "Rußländische Nation" aber erweist sich als eine Chimäre, die man auch durch Bombenteppiche auf Grosnyj nicht zur Realität machen kann.

Neben die alte Ambivalenz hinsichtlich der russischen Nation tritt in der gegenwärtigen Identitätskrise die neue Unklarheit im Blick auf den Raum. Seit 1992 ist die Doktrin vom "nahen Ausland" offizielle Politik geworden; sie findet in der Gesellschaft weitgehend Zustimmung. Diese Einstellung besagt, daß das gesamte Territorium der früheren Sowjetunion unmittelbare Einflußsphäre Rußlands ist. Die neuen Staaten auf dem alten Territorium haben also nicht die gleiche Qualität wie die Staaten des "fernen Auslands", geschweige denn wie Rußland. Daraus folgen unterschiedliche Zukunftserwartungen. Sie reichen von der Forderung nach Wiederherstellung der Sowjetunion oder des Rußländischen Reiches bis zu der Vorstellung, Rußland werde aufgrund seines realen ökonomischen und politischen Übergewichts einen bestimmenden Einfluß auf seine Nachbarn behalten. Das "nahe Ausland" sei also wegen seiner geopolitischen Lage der natürliche Verbündete.

Die Meinung, Rußland weise über die Grenzen der Rußländischen Föderation hinaus, ist in den Eliten weitgehend konsensfähig. Jelzin formulierte zurückhaltend, wenn er davon sprach, "daß die Bewohner dieses Sechstels der Erde... ihre Heimat immer noch als ein einheitliches Land empfinden. Seine Teilung geht ihnen wider die Natur".² Ministerpräsident Èernomyrdin griff kräftiger in die Saiten: "Ich bedauere aufrichtig das Ende der UdSSR und bin überzeugt, daß wir eine Union auf neuer Grundlage schaffen werden. Dafür lohnt es sich zu leben..."³ Der Vorsitzende des Duma-Komitees für die Angelegenheiten der GUS, K. Zatulín, hat dagegen konkretere Vorstellungen: Viele Staaten der ehemaligen UdSSR "sind dazu verurteilt, unsere Satelliten zu werden oder zu sterben". "Ein kleines Land muß sich glücklich schätzen, daß es sich in der Einflußsphäre einer Großmacht befindet."⁴ Die rot-braunen Fundamentalisten warten mit noch radikaleren Formulierungen bis hin zu

³ Neizvestnyj Ruckoj. Politièeskij portret. Hrsg.: Informacionno-izdatel'skoe agentstvo Obozrevatel', Moskau 1994, S. 287.

¹ Moskovskie vedomosti, 24.5.1982, zitiert in: Hosking, Russischer Nationalismus vor 1914 und heute, S. 172.

² B. Jelzin, Auf des Messers Schneide, Berlin 1994, S. 178.

³ Moskovskie novosti, 8.5.1994, S. A2.

⁴ Nezavisimaja gazeta, 5.5.1994.

Kriegsdrohungen auf.

Ist imperiale Mentalität eine Angelegenheit der Eliten, die das Volk unberührt läßt, das vollständig vom Überlebenskampf im Alltag in Anspruch genommen ist? Die überwiegende Mehrzahl der Politiker geht offenbar davon aus, daß dies nicht so ist und daß man mit imperialen Ansprüchen und Gesten Popularität und Stimmen gewinnen kann. Für den Rückzug, sei es auf die ethnischen, sei es auf die Grenzen der Rußländischen Föderation, plädieren einzelne. Manche haben ein moralisches Gewicht; zu ihnen gehört Solženicyn. Er hält die Geschichte des Rußländischen Reiches seit dem 17. Jahrhundert für ein Verhängnis. Rußland habe seine Kräfte in der Expansion verausgabt und überschätzt: "Welchen Schaden bedeutet es für die führende Nation im Staat, ein multinationales Imperium zu schaffen", insbesondere "ein so entwickeltes, kulturell hochstehendes und intensives Volk wie das polnische in einem Imperium in der Rolle des Unterworfenen zu halten". Heute müsse Rußland all seine Kräfte auf die innere Entwicklung konzentrieren. "Wir müssen nicht der Welt-Schiedsrichter sein noch um die internationale Führerschaft rivalisieren..." Transkaukasien, Moldova, das Baltikum und um so mehr Zentralasien haben "ihren Weg, der nicht unserer" ist.¹

Gegen eine Restauration und gegen die Kontinuität, für den Rückzug und die Konzentration auf die eigene Nation gibt es auch sonst einzelne Stimmen in der Öffentlichkeit: "Denn die Epoche der nationalen Entwicklung einer jungen Nation hat begonnen, für die es Zeit ist, sich mit ihren eigenen Angelegenheiten zu beschäftigen."² Historische Prägungen sind also weder unveränderbar noch ein eindeutiger Wegweiser in die Zukunft. Solženicyn begreift sich als Träger der eigentlichen russischen Tradition und tritt gerade deshalb für den Rückzug auf die ethnischen Grenzen ein. Er ist - obwohl mit Einschränkungen - bereit, auch den Ukrainern ihre Eigenstaatlichkeit zuzuerkennen. Im Plädoyer für den Nationalstaat verbindet sich die Ablehnung der imperialen Periode mit der Anknüpfung an die mittelalterliche Tradition des "Sammelns des russischen Landes".

Zukunft ohne Vergangenheit

Zeiten des Umbruchs wie die jetzige greifen tiefer in die politische Mentalität ein als Perioden der "Stagnation". Historische Prägungen können überwunden, neue Furchen können in das Langzeitgedächtnis der Gesellschaft gegraben werden. Nach Einschätzung Egor Gajdars, des Führers der Partei Demokratische Wahl Rußlands steht das Land heute vor der Alternative, entweder der "alten imperial-bürokratischen Pseudogroßmacht-Tradition" treu zu bleiben oder radikale Schritte zur Annäherung an den Westen, an Europa zu unternehmen. "Entweder eine offene demokratische Gesellschaft, auf der Grundlage des Privateigentums..., wo der Staat die Rolle eines der Institute der Gesellschaft spielt. Oder ein Staat, der über die gesamte Fülle von Macht und Eigentum verfügt, und gegenüber der Gesellschaft und der gesamten sozialen Welt als eine Art Demiurg auftritt."³ Wird Rußland einen radikalen Bruch mit der eigenen Vergangenheit vollziehen?

¹ A. Solženicyn, "Russkij vopros" k koncu XX veka, in: Novyj mir 7/1994, S. 135-176, die Zitate S. 148, 151, 168; in deutscher Übersetzung von W. Kasack: A. Solschenizyn, Die russische Frage am Ende des 20. Jahrhunderts, München, Zürich 1994.

² D. Šušarin, Posleslovie k toržestvennomu maršu, in: Literaturnaja gazeta, 7.9.1994.

³ E. Gajdar, Dvuglavyj orel i zolotoj telenok, in: Izvestija, 10.11.1994; Vorabdruck aus einem demnächst erscheinenden Buch des Autors: Staat und Evolution.

Es gibt heute keinen "russischen Traum", d.h. eine in weiten Teilen der Gesellschaft konsensfähige Vision von einer neuen Zukunft, so wie die Utopie vom "amerikanischen Traum" die Mentalität der amerikanischen Gesellschaft gestaltet hat. Die Gespaltenheit der russischen Gesellschaft ist nicht überwunden. Der antibolschewistische Konsens in den wenigen Jahren zwischen 1989 und 1991 schien einen Aufbruch zu neuen Ufern zu signalisieren. Aber nach dem unerwartet raschen Zusammenbruch des Ancien régime brach der Konsens schnell wieder zusammen. Seither ist das geistige Klima von Orientierungslosigkeit gekennzeichnet, in der die alten Gegensätze voll durchbrechen: Soll Rußland den Weg aus der Krise in enger Anlehnung an Europa suchen, oder fordert die Geschichte im Gegenteil, daß Rußland seine Eigenständigkeit entfaltet und in Distanz zum Westen seinen eigenen geistigen und politischen Kosmos entwickelt?

Aus der gegenwärtigen Perspektive spricht manches dafür, daß sich Rußland dieser "Wahl" verweigert und sich weder für das Eine noch das Andere entscheidet. Dies ist die Konsequenz des fehlenden russischen Traums und des fortbestehenden Raskol (Spaltung). Politik und Mentalität werden von merkwürdigen Hybriden bestimmt, die scheinbar Gegensätze überbrücken. In der Perestrojka-Zeit hießen die Zielvorstellungen "sozialistischer Pluralismus", d.h. politischer Pluralismus in einem Rahmen, den die KPdSU-Führung festlegte, und "sozialistische Marktwirtschaft", d.h. administrativ gesteuerte Planwirtschaft mit Marktelementen, aber ohne Privateigentum.

Die Einstellung zu vielen zentralen Fragen ist auch heute ambivalent. Der ehemalige Vizepräsident und seit Mai 1994 Führer der Rußländischen Sozialdemokratischen Volkspartei, A. Ruckoj, verurteilt einerseits "das verbrecherische Komplott von Belovežsk", d.h. die Auflösung der UdSSR, die Jelzin angelastet wird, lehnt andererseits jedoch den sowjetischen Zentralstaat als gescheitert ab. Ruckoj tritt zugleich ein für Marktwirtschaft, Privateigentum, ein Mehrparteiensystem "nach amerikanischem oder deutschem Vorbild" und hält dennoch an der "sozialistischen Wahl" für Rußland fest.¹ Das Oszillieren zwischen unvereinbaren Positionen bei führenden Politikern spiegelt die Unsicherheit der Orientierungen in der Gesellschaft wider.

So ist der einflußreiche Vorsitzende der KP der Rußländischen Föderation, Zjuganov, davon überzeugt, "daß das Volk Rußlands in seiner Mehrheit zu den sozialistischen Werten zurückkehren wird". Er lehnt die Gewaltenteilung ab; für Rußland komme nur die "Subordination" der Gewalten untereinander in Frage. Die "böartige, liebedienerische, demokratische Revolution" von 1991 habe das Ziel verfolgt, den historisch gewachsenen geopolitischen Raum Rußland zu vernichten. Zugleich betrachtet Zjuganov das alte Sowjetsystem als gescheitert; Lenin kommt in seinem Buch nicht vor. Eine Rückkehr zum politischen Monopol werde es für die KP nicht geben.²

Der Meister der billigen Demagogie, Vladimir Žirinovskij, ist dafür, daß es viele Meinungen, Richtungen und politische Parteien gibt. Er hat keine Schwierigkeiten, das Bekenntnis zu liberalen Werten mit Forderungen nach einem aggressiven Angriffskrieg gegen den gesamten Staatengürtel im Süden Rußlands zu verbinden. "Ich träume davon, daß die russischen Soldaten ihre Stiefel im warmen Wasser des Indischen Ozeans waschen..." In dem gesamten Raum "von Kabul bis Istanbul"

¹ Neizvestnyj Ruckoj. Političeskij portret, S. 417f, 424-430, die Zitate S. 418, 286.

² Zjuganov, Deržava, S. 58, 67; die Zitate S. 103, 69, 45.

"werden alle russisch sprechen".¹ Ein unverantwortlicher Phantast führt eine der größten Parteien, weil nach dem Zusammenbruch der maroden kommunistischen Ideologie eine Tabula rasa der politischen Werte eingetreten ist.

Dies bedeutet jedoch auch, daß niemand für die Wiederherstellung der spätsozialistischen Werte und die Verhältnisse in der Brežnev-Zeit eintritt. So sprechen manche Indizien dafür, daß Rußland ein lange anhaltender Schwebestand bevorsteht: Ein unmittelbares Anknüpfen an die Tradition von vor 1917 ist nicht möglich; niemand will die Wiederherstellung des "entwickelten Sozialismus"; die Verwestlichung Rußlands findet keine Mehrheit in der Gesellschaft.

Das unentschlossene Stehenbleiben auf halbem Weg läßt sich in vielen Bereichen beobachten, so etwa bei den Wirtschaftsreformen. Das ausschließliche Eigentumsrecht des Staates an der Wirtschaft wurde aufgehoben. Die alte Wirtschaftsbürokratie, in deren Hände die tatsächliche Verfügung über das Eigentum weitgehend übergegangen ist, zeigt sich keineswegs an der Wiederherstellung der alten Verhältnisse interessiert. Die Wirtschaftsbürokratie strebt jedoch auch nicht nach einer vollständigen Privatisierung, die ihr nicht nur die Gewinne, sondern auch die Verluste aufbürden würde. Deshalb kam es bisher nicht zu einer Trennung von Staatshaushalt und Betriebshaushalten. Für Investitionen, Arbeitsplatzsicherung und Konkurs bleiben Staat und Regierung verantwortlich. Die Lobby der halbprivatisierten Wirtschaft fordert staatliche Regulierung und überhaupt einen "starken Machtstaat", der die soziale Verantwortung trägt. Die Wirtschaftsnomenklatura wird in dieser Einstellung durch das in der Gesellschaft fest verwurzelte Bewußtsein unterstützt, der Staat habe für das Wohlergehen zu sorgen. So entsteht keine Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern deren vereinte Front gegen Staat und Regierung.

In einem Bereich scheinen sich jedoch Veränderungen anzubahnen, die einen tiefgreifenden Einschnitt in jahrhundertalte Traditionen bedeuten: Rußland hört auf, ein Zentralstaat zu sein, wo - jedenfalls dem Anspruch nach - alle politischen Entscheidungen im Zentrum fallen und an der Peripherie exekutiert werden. Eine differenzierte, moderne, leistungsorientierte Gesellschaft läßt sich nicht aus einem staatlichen Zentrum leiten. Die Regionalisierung Rußlands entspringt einerseits Zwängen für eine effiziente Wirtschaft und Verwaltung, sie steht andererseits im Zusammenhang mit dem Scheitern des extrem zentralisierten Staates vor und erst recht nach 1917. Vieles spricht dafür, daß die Entfaltung von regionaler Eigenständigkeit und regionalem Selbstbewußtsein seit dem Ende der 1980er Jahre nicht rückgängig gemacht werden kann und das Land von Grund auf verwandelt wird. In vielen Regionen formieren sich Eliten, deren politisches Credo vor allem in der Vertretung der lokalen Interessen besteht. Sollte sich die Direktwahl der Gouverneure bzw. Präsidenten in den nationalen Teilrepubliken durchsetzen - wogegen sich die Zentralmacht vorläufig noch wehrt - erhielten die regionalen Eliten überall demokratisch legitimierte Spitzen.

Die politische Macht und Interessenartikulation liegen bereits heute in hohem Maß bei den Spitzenpolitikern der Regionen. Sie haben größeres Gewicht als die meisten politischen Parteien. Dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen: Die Amtsinhaber in den Regionen - in der Exekutive, Wirtschaft, Legislative - werden als eine Art Korporation auftreten, die in den Auseinandersetzungen um Kompetenzen, Ressourcen und Ansehen eine zentrale Rolle spielen.

¹ V. Žirinovskij, *Poslednij brodok na jug*, Moskau 1993, S. 66, 77, 84f; die Zitate S. 66, 77.

Daraus den Schluß abzuleiten, die Regionalisierung sei der erste Schritt zur Auflösung des russischen Staates, erscheint abwegig. Diese Einstellung wird von Zentralstaatlern vertreten, rührt aber auch daher, daß regionale Selbständigkeit unterentwickelt war und eine positive Erfahrung mit der Eigenständigkeit der Provinzen fehlte. Der sibirische Regionalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde von der zarischen Regierung als Bedrohung empfunden, und die KPdSU regierte nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, der das Gegenteil einer föderalen Ordnung ist.

Regionale Eigenständigkeit könnte einen wesentlichen Beitrag zur Ausformung einer bürgerlichen Gesellschaft leisten, weil sie Zwischenstufen ausbildet zwischen der Zentralmacht und den lokalen Behörden. Ein entwickelter Regionalismus kann auch eine Schutzfunktion haben gegenüber den Versuchen zur Wiederherstellung der Diktatur des Zentrums. Regionale Eigenständigkeit ist weder identisch mit demokratischer Ordnung der Macht noch garantiert sie einen reibungslosen Weg dorthin, sie markiert aber die Abkehr von der Diktatur. Sie eröffnet neue Chancen und scheint gerade wegen ihrer Halbheit und Offenheit dem jetzigen Zustand der Gesellschaft angemessen. Wenn sich das regionale Eigenbewußtsein weiter entfaltet und durch eine föderale staatliche Ordnung gesichert wird, wäre dies ein wesentliches neues Element der politischen Mentalität.

Gerhard Simon

Future from the Past. Elements of Political Culture in Russia

Bericht des BIOst Nr. 10/1995

Summary

Introductory Remarks

The end of communism in Russia has to this day not led to the emergence of a functioning institutional framework based on parliamentary democratic principles like in Western Europe. The aim of the present Report is to help explain why the establishment of a democratic system of power is coming up against such great difficulties in Russia. The author applies the instruments and notional concepts of political culture, which played only a minor rôle in communism studies. Political culture endeavours to identify historical peculiarities which make themselves felt even in the present day and which also predispose future events. The present study concentrates in particular on the following elements of political culture in Russia:

Findings

1. The evolution of a strong political power centre is an essential determinant of Russian political culture. The Muscovite Russian state to which the Russian Federation of today is heir owed its historic success to its autocracy. The political system is fully functional only if it is perfectly clear who is in charge. When President Yeltsin decided the power struggle in his own favour in October 1993 by dissolving the Soviets, there followed a period of - albeit fragile - stabilization.
2. The omnipotent state contrasted with an only weak society. Intermediate power levels between the autocratic ruler and the lower strata of society were slow to emerge and were lacking in self-confidence. The separation of power and ownership came late in Russia and was never completely consummated. While the adoption of Roman law in early Europe brought about the separation of dominium and imperium as of the Middle Ages, the Russian autocrat retained the right to dispose of the nobility's lands at will until the 18th century. That is why the Bolsheviks found it surprisingly easy to liquidate private property and to re-unite it without restriction, in good Old-Muscovite tradition, with political power.
3. A consensus culture has emerged in Russia. Conflicts are regarded as something transient, something that has to be eliminated. This consensus culture stands in contrast to a liberal conflict culture, which is the basis of democratic parliamentarism in the West. One of the deficiencies of the consensus culture is the inadequate cultivation of instruments for coping with conflicts. Conflicts frequently lead to rifts (*raskol*) and exclusions. This made it easy for the Bolsheviks with their dichotomic division of the world into black and white, friend and foe, to follow a Russian tradition. And that is why Russians today find it difficult not to view their political

adversary as an enemy and a traitor, who must be either eliminated or won over to their own cause.

4. Political culture has assigned a cardinal rôle to prominent leaders and more of a marginal one to the institutions. Russia has always been and still is ruled by persons and not by institutions and laws. Instead, the institutions are tools, levers to be used to endow individuals and their clientèle with power and influence.

The constitutional system is no more than something that makes it possible to use laws and procedures to correct the exercise of power by individual leaders. The acceptance of an independent judicial power to which politics, too, must submit stands in contradiction to a long-term memory which operates on an historical time scale. Up to now, politics, i.e. the people in power, have always had the last word in Russia. Neither President Yeltsin nor his opponents are prepared, even today, to submit to the Constitution on matters of vital interest. To this day, the law has remained an instrument of politics, and this is fully accepted by society.

5. The national awareness of the Russians has always been focussed on the Russian state, on its territory, and only secondarily related to the Russian ethnos, the nation. Ever since the middle of the 16th century, the Muscovite state had always been larger than the settlements of the Russians. Their national awareness was geared towards the Empire which, as time went by, encompassed more and more non-Russian peoples. This Empire ceased to exist in 1991, which is why the Russian national awareness is now caught up in a profound identity crisis. Neither the Russian elites nor society as a whole have yet been able to come to terms with the loss of the Empire. Restorative movements are on the rise. Many Russians are simply not prepared to regard themselves as just one nation among many and their state as a normal state within the framework of the Eurasian community. The imperial mentality refuses to recognise the ethnos and the nation as independent political factors in their own right. Instead, an attempt is being made to create a new imperial ideology, this time on the basis of Russia in its post-1991 borders. In a new linguistic coinage, the new concept of the "Russian nation" is morphologically derived from "Russia", the territorial entity, rather than from "Rus", its founding people, and is used to designate the entirety of Russia's citizens. The war in Chechnya is the futile attempt to bomb a "Russian nation" into existence.
6. Times of upheaval such as that Russia is passing through today also change the political mentality. This is already becoming apparent in at least two respects. Society has become active in a fashion similar to the two decades prior to the 1917 revolution and is beginning to form up of its own accord in opposition to the powers that be. In 1917, this self-organisation was too weak to withstand the Bolshevik revolution. The question must remain open whether society today has consolidated enough to ward off another impending dictatorship. And secondly, the Russian centralist state would appear to have had its day. In many parts of the country a powerful regional self-awareness is emerging which is unlikely to allow itself to be returned to the strait-jacket of strict state centralism. Regional awareness also stands for the rejection of dictatorship and can serve as a guard against attempts to return all of Russia to rule by a iron fist wielded from a power centre in Moscow.

